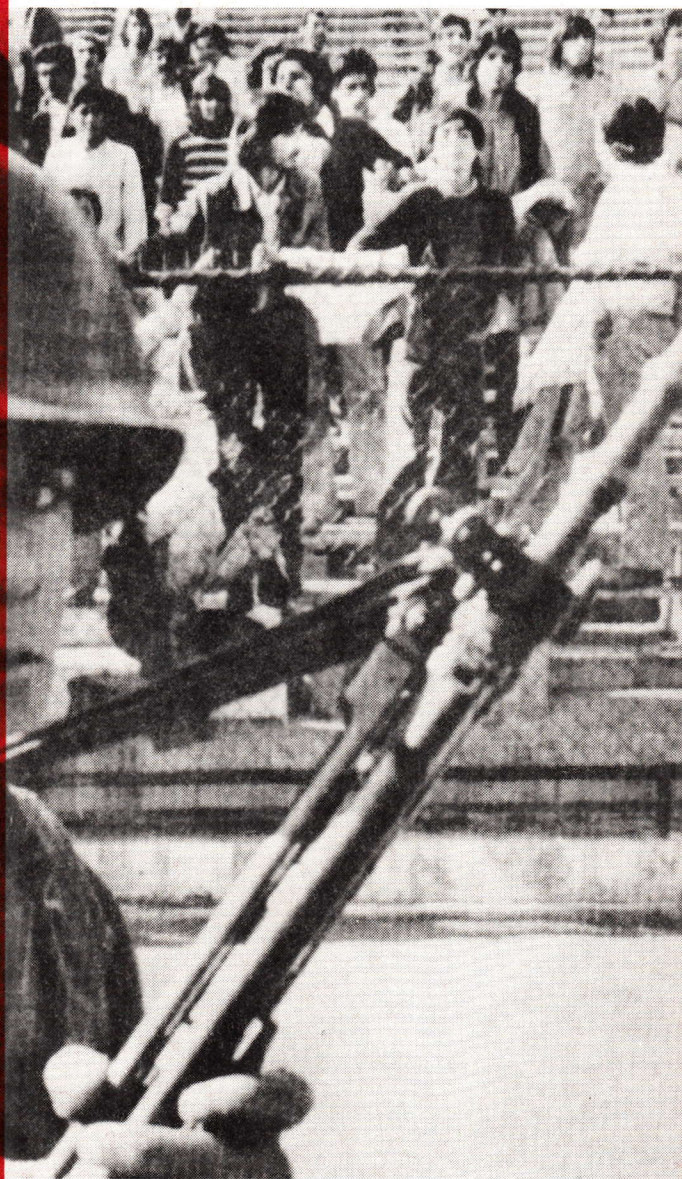


Imperialistische Konterrevolution

**Wesen, Varianten, geschichtliche
Erfahrungen**



**Studienmaterial für das
Bildungsjahr der DKP 1980/81**

Preis für Nichtmitglieder 1,- DM

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Worin besteht das Wesen der Konterrevolution?	Seite 5
Was sind ihre Hauptziele in der Gegenwart?	Seite 5
Hintergründe für die verstärkten konterrevolutionären Aktivitäten des Imperialismus	Seite 6

I. Marx, Engels und Lenin über die Konterrevolution

Seite 9

II. Erfahrungen aus der Geschichte

Die Kronstädter Meuterei	Seite 14
Konterrevolutionäre Aktivitäten nach dem zweiten Weltkrieg	Seite 14
Das Beispiel Griechenland	Seite 17
Der 17. Juni 1953 in der DDR	Seite 18
Ungarn 1956	Seite 20
Die Ereignisse in der ČSSR 1968	Seite 22
Die Ereignisse in Polen 1980/81	Seite 27
Konterrevolution in Chile	Seite 31
	Seite 38

III. Lehren für uns heute

Seite 41

Bei den Auseinandersetzungen um die weitere Entwicklung der Volksrepublik Polen spielen antisozialistische, konterrevolutionäre Kräfte eine nicht zu übersehende Rolle. Bei genauerem Hinsehen bleibt auch das Wirken der mit diesen Kräften verbundenen äußeren Konterrevolution nicht verborgen: der imperialistischen Geheimdienste und ihrer Rundfunksender, der Emigrantenorganisationen, der Korrespondenten bürgerlicher Massenmedien, der Regierungen imperialistischer Länder und der NATO. Aber nicht nur in Polen haben wir es mit konterrevolutionären Machenschaften des Imperialismus zu tun. Denken wir z. B. an Angola, Afghanistan, den Iran, Portugal, Nicaragua oder El Salvador. Überall, wo die Völker den Weg der Befreiung von imperialistischer Ausbeutung und kolonialer Unterdrückung beschreiten, ist der Imperialismus bemüht, diesen Weg mit allen Mitteln zu blockieren, von der Unterstützung der inneren Konterrevolution bis zur militärischen Intervention von außen. Fragen der Konterrevolution sind also sehr aktuell und von weltweiter Bedeutung.

Worin besteht das Wesen der Konterrevolution? Was sind ihre Hauptziele in der Gegenwart?

Ziel der Konterrevolution ist es immer, revolutionäre Bewegungen zu zerschlagen, die Errungenschaften einer Revolution rückgängig zu machen, vor allem die Machtfrage zugunsten der reaktionären Klassen zu entscheiden. Mit Hilfe der Konterrevolution versuchen historisch überlebte Klassen, die gesetzmäßige gesellschaftliche Entwicklung gewaltsam aufzuhalten. Die Formen und Methoden sind dabei äußerst vielfältig: Entfesselung von Bürgerkriegen, reaktionäre Aufstände, Putsche, Revolten, Verschwörungen, individueller Terror, ausländische militärische Interventionen, Formen von „Wirtschaftshilfe“, von „Kulturdiplomatie“, des „Brückenschlages“, Versuche der ideologischen Unterwanderung usw.

Die konterrevolutionäre Tätigkeit des Imperialismus verfolgt heute zwei eng miteinander verbundene Hauptziele:

- Erstens soll der reale Sozialismus, die größte Errungenschaft der weltweiten revolutionären Bewegung, untergraben, zurückgedrängt und schließlich zunichte gemacht werden. Diesem Ziel dient vor allem die Politik des Wettrüstens. Sie soll dem Imperialismus militärische Überlegenheit und dadurch die Möglichkeit verschaffen, den Sozialismus gewaltsam zurückzurollen oder doch zumindest durch wachsende Rüstungslasten in seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufzuhalten. Diesem Ziel dienen aber ebenso die Bemühungen, den Sozialismus von innen aufzuweichen und seiner internationalen Ausstrahlungskraft durch großangelegte antikommunistische Verleumdungskampagnen entgegenzuwirken.
- Zweitens sollen die fortschrittlichen Veränderungen, die in Ländern der sogenannten dritten Welt erkämpft wurden, rückgängig gemacht

Ziele der Konterrevolution

Hauptstoß gegen den realen Sozialis- mus

werden; revolutionäre Entwicklungen in den kapitalistischen bzw. Ländern der dritten Welt sollen verhindert werden. Diesem Ziel dient die offene Gewaltanwendung (US-Eingreiftruppe gegen fortschrittliche Entwicklung in anderen Ländern; Unterstützung faschistischer und militaristischer Regimes; Ausbau des Unterdrückungsapparates in den kapitalistischen Hauptländern selbst). Diesem Ziel dient ebenso das Bemühen, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen durch die zumindest zeitweilige Unterstützung prokapitalistischer sozialreformistischer Kräfte (Soares in Portugal) sowie durch gewisse Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu blockieren.

Die Konterrevolution richtet letztlich ihren Hauptstoß gegen den realen Sozialismus und seine stärkste Kraft, die Sowjetunion. Sie tut dies nicht etwa darum, weil sie den realen Sozialismus für schwach hält, sondern umgekehrt, weil hier – unter Schweiß und Mühen, mit Problemen und Schwierigkeiten, gewiß! – die neue Welt der befreiten Arbeit aufgebaut wird und dies einen ständig stärker werdenden Einfluß auf den revolutionären Weltprozeß insgesamt ausübt. „Die Sowjetunion ist die Hauptkraft der sozialistischen Staatengemeinschaft und zugleich des revolutionären Weltprozesses insgesamt... Die Sowjetunion ist das ökonomisch, politisch und militärisch bei weitem mächtigste sozialistische Land, das darum für die Entfaltung des revolutionären Weltprozesses ein weit größeres Gewicht hat als jedes andere Land. Wie in der Vergangenheit, so sind auch künftig der Vormarsch des Sozialismus, der Aufschwung des Kampfes der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen sowie der nationalen Befreiungsbewegungen unlöslich mit dem Wirken der Sowjetunion als Wegbereiter des Fortschritts der Menschheit verbunden“ (Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Seite 11).

Hintergründe für die verstärkten konter- revolutionären Aktivitäten des Imperialismus

Wir reden heute mehr über konterrevolutionäre Kräfte und Aktionen als etwa vor zehn Jahren. Warum ist das so? Ist etwa der Imperialismus stärker geworden, so daß er aktiver gegen den Sozialismus, gegen alle Freiheitsbewegungen vorgehen kann?

Eigentlich spricht schon eine Nennung der Länder und Regionen, die in besonderem Maße unmittelbares Ziel konterrevolutionärer Anschläge sind, eine deutliche und andere Sprache: Vietnam, Laos und Kampuchea, Afghanistan, Iran, Südjemen, Äthiopien, Angola, Mozambique und Guinea-Bissau, Simbabwe, Nicaragua und El Salvador – das sind nur einige Namen. Aber sie zeigen: Noch zu keiner Zeit seit der Oktoberrevolution 1917 und der Entstehung des sozialistischen Weltsystems durch die Befreiung einer Reihe von Ländern im Ergebnis des Sieges über Hitlerdeutschland gingen so tiefgreifende, alle Kontinente erfassende revolutionäre Veränderungen vor sich.

Aufschwung der Freiheitsbewegun- gen

Der Imperialismus sieht sich einem neuen Aufschwung der Freiheitsbewegungen gegenüber. Niemand kann mit Sicherheit sagen, welche latein- oder mittelamerikanische Militärdiktatur demnächst von den

Volkskräften hinweggefegt werden wird, ob sich der Militärdiktator Pakistans noch lange halten kann, wann z. B. Namibia frei sein wird. Und selbst da, wo die Fortschrittskräfte Rückschläge einstecken mußten – wie in Chile –, ist die Lage der von den USA ausgehaltenen Faschistenbande äußerst unsicher; sie regiert ganz gewiß nur auf Zeit. Oder was hat den US-Imperialisten ihr Theaterstück: „Das Friedenswerk von Camp David“, eingebracht? Nichts als weitere Unsicherheit im Nahen Osten und die Isolierung Sadats in der arabischen Welt.

Die Tatsache, daß der revolutionäre Weltprozeß gerade in den 70er Jahren so rasch vorangeschritten ist, unterstreicht den Zusammenhang mit der sich eben in diesem Jahrzehnt entwickelnden Entspannungspolitik. Nun war und ist die Entspannungspolitik wie jede Politik eingebunden in die Klassenkämpfe im nationalen und internationalen Maßstab. Sie selbst ist das Ergebnis der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, des Friedens und der Demokratie. Wenn maßgebliche Kräfte des Imperialismus unter dem Druck dieser Veränderungen am Prozeß der politischen Entspannung teilnahmen, so mit der Absicht, aus der Not eine Tugend zu machen. Sie hofften, zweierlei erreichen zu können: Einmal wollten sie aufweichend in den Sozialismus hineinwirken („Wandel durch Annäherung“ nannte das Egon Bahr. Brzezinski sprach von der „Politik des Brückenschlagens“). Man baute darauf, im Zeichen der Entspannungspolitik werde bei den Kommunisten die ideologische und politische Wachsamkeit gegenüber dem Imperialismus zurückgehen. Kommunisten könnten vergessen, daß der Imperialismus auch unter den Bedingungen der ihm aufgezwungenen Entspannungspolitik nach innen reaktionär und nach außen aggressiv bleibt. Neben und verbunden mit Antisowjetismus wurde in besonderem Maße auf den Nationalismus als Waffe der ideologischen Diversion gesetzt („Wir sind doch alle Deutsche!“, „Wir sind zuerst einmal alle Polen!“). Und dieses ideologische Einwirken wurde durch ökonomische Mittel unterstützt. Man kann nicht sagen, daß dies eine völlig wirkungslose Strategie gewesen ist. Doch letztlich ist es nicht gelungen, mit ihr ein Land aus der sozialistischen Staatengemeinschaft herauszubrechen.

Zum anderen hofften die imperialistischen Kräfte, daß die Entspannungspolitik eine Art Garantie für die Erhaltung ihres Herrschaftsreichs, eine Bremse für das Voranschreiten des revolutionären Weltprozesses sein könne (dafür prägten sie die Gleichung: Entspannung = Erhaltung des sozialen Status quo).

Wir zeigten oben, daß ihnen das nicht gelungen ist. Deshalb sind sie über die Ergebnisse der Entspannungspolitik besorgt. Da sie jedoch nicht wahrhaben wollen, daß diese Ergebnisse dem Kampf der fortschrittlichen Kräfte in jedem Land selbst zuzuschreiben sind, stellten sie die gesellschaftlichen Veränderungen als Ergebnis einer äußeren Einmischung, als Werk der Sowjetunion oder ihrer „Statthalter“ hin. Jeden Schritt vorwärts im Kampf für Demokratie und sozialen Fortschritt erklärten sie zu einer „Verletzung des Geistes der Entspannung“.

Ihre Angst wird dadurch noch größer, daß die Herren von Kapital und Profit in ihren „eigenen“ Ländern schwerwiegenden Krisen ausgesetzt sind. „Diese umfassende Systemkrise läßt keine Seite der Existenz des Imperialismus unberührt. Sie erfaßt die ökonomische Basis, die Klas-

Entspannungspolitik und revolutionärer Weltprozeß

Hoffnungen imperialistischer Kräfte

**Reaktionärste
Kräfte wollen Ent-
spannungspolitik
stoppen**

senbeziehungen, das Herrschaftssystem, die ganze Innen- und Außenpolitik, den ideologischen Überbau“ (Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Seite 13).

Darum sind die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus bemüht, die Entspannungspolitik zu stoppen, sie, wenn möglich, umzukehren, wenigstens einige ihrer Ergebnisse zurückzunehmen. Darum ihr Anheizen der Bedrohungslüge. Darum ihr Drängen nach einem neuen Rüstungswettlauf. Darum ihr Bestreben, im Innern die Demokratie weiter abzubauen. Darum auch die verstärkte konterrevolutionäre Wühlätigkeit des Imperialismus gegen den realen Sozialismus, gegen fortschrittliche Regierungen in der dritten Welt, gegen die weltweite Befreiungsbewegung. All das ist nicht Kennzeichen einer Offensive des Imperialismus, sondern seiner geschichtlichen Defensive.

**Aus einer Zeittafel bewaffneter Aggressionen
des US-Imperialismus seit 1945**

Zeitraum	Aggression gegen		
1945–1956	Philippinen	1961	Kuba
1946–1949	Griechenland	1962	Guatemala
1946–1949	China	1962	Kuba
1947	Paraguay	1964	Panama
1948	Costa Rica	1964	Kolumbien
1949–1961	Burma	1964–1968	Demokratische Republik Vietnam
1950	Puerto Rico	1964–1970	Laos
1950	VR China	1965–1966	Dominikanische Republik
1950–1953	Korea	1966	Thailand
1954	Guatemala	1969	Haiti
1954–1973	Südvietnam	1969–1970	Kambodscha
1955	Costa Rica	1971–1973	Laos
1955	VR China	1972–1973	Demokratische Republik Vietnam
1958	Libanon	1973–1975	Kambodscha
1958	VR China	1978	Zaire (Shaba)
1959–1962	Laos		

**Aufs Ganze gesehen:
gesellschaftlicher
Fortschritt unum-
kehrbar**

Der Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung ist aufs Ganze beurteilt – denn einzelne Rückschläge sind immer möglich – unumkehrbar. Er entwickelt sich und wird sich weiterhin als Gesetzmäßigkeit der Geschichte entwickeln. Gleichzeitig wissen wir aber: „Der Imperialismus verfügt nach wie vor über ein großes wirtschaftliches, politisches und militärisches Potential, über bedeutende Möglichkeiten der Massenbeeinflussung, Meinungsmanipulation und psychologischen Kriegsführung. Er bleibt ein gefährlicher Gegner“ (Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Seite 15).

**Imperialismus bleibt
gefährlich**

Die fortschrittlichen Kräfte werden sich mit diesem gefährlichen Gegner um so erfolgreicher auseinandersetzen können, je klarer sie sich der vom Imperialismus ausgehenden Gefahren bewußt sind, je mehr sie das Wesen der konterrevolutionären Praktiken des Imperialismus erkennen, sich mit der Geschichte und den Varianten imperialistischer Konterrevolution beschäftigen und daraus für den heutigen Klassenkampf die Lehren ziehen. Diesem Ziel dient das vorliegende Bildungsheft.

I. Marx, Engels und Lenin über die Konterrevolution

9

Alle großen Revolutionäre waren sich stets der Gefahr der Konterrevolution bewußt. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Richtungen im Bürgertum und Kleinbürgertum (z. B. Jakobiner und Girondisten) während der Großen Französischen Revolution nach 1789 ging es ganz entscheidend um dieses Problem. Aber wenn schon der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, der doch das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Ausbeutung, die Klassenteilung der Gesellschaft nicht antastete (allerdings eine andere Ausbeuterklasse an die Macht brachte), die wildesten Furien der Konterrevolution entfesselte, um wieviel schärfer mußte sich das Problem der Konterrevolution stellen, als mit der Arbeiterklasse jene Kraft die weltgeschichtliche Arena betrat, die die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die die Vernichtung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zum Ziel hat. Die Arbeiterklasse selbst war noch kaum mit sozialen und politischen Kämpfen aufgetreten, die kommunistische Partei war noch nicht geschaffen, doch schon lagen so viele Erfahrungen vor, daß Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ schreiben mußten, daß „alle Mächte des alten Europa“ sich zu einer „heiligen Hetzjagd“ gegen den Kommunismus vereinigt hätten. Das konterrevolutionäre Wüten gegen die Arbeiterklasse begann also, lange bevor sie sich gründlicher formieren, und erst recht, bevor sie auch nur irgendwo die Macht erobern konnte.

Die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus haben stets große Anstrengungen unternommen, um die Erfahrungen aller vergangenen Revolutionen zu studieren, mit dem Ziel, daraus Lehren für die eigenen Auseinandersetzungen mit der Konterrevolution zu ziehen. Insofern sind viele der grundsätzlichen Aussagen zur Revolution und Konterrevolution von so allgemeiner Bedeutung im Klassenkampf, daß hier geradezu von Gesetzmäßigkeiten gesprochen werden kann. Bei der Erarbeitung der Lehren von Revolution und Konterrevolution spielte die erste proletarische Revolution der Welt, der heroische Kampf der Pariser Kommunarden, eine ausschlaggebende Rolle. Die Pariser Kommune 1871 zeigte – was nachfolgende Revolutionen bestätigten –, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten dann schnell, verhältnismäßig unblutig und mit einem Minimum an Opfern die Macht ergreifen können, wenn ihre Aktionen entschieden und einheitlich erfolgen und der Widerstand der Bourgeoisie konsequent gebrochen wird.

Gerade in dieser Hinsicht sind insbesondere die Fehler der Pariser Kommune lehrreich. Sie mußten mit den 30 000 von der Konterrevolution ermordeten Anhängern der Kommune teuer bezahlt werden. „Zwei Fehler machten... die Früchte des glänzenden Sieges zunichte. Das Proletariat blieb auf halbem Wege stehen: Statt zur ‚Expropriation der Expropriateure‘ zu schreiten, gab es sich Träumen darüber hin, daß in dem durch die gesamtstaatliche Aufgabe geeinten Land die höchste Gerechtigkeit Wirklichkeit werde. Solche Einrichtungen wie z. B. die Bank wurden nicht in Besitz genommen, unter den Sozialisten herrschten noch die proudhonistische Theorien des ‚gerechten Tausches‘ usw. Der zweite Fehler war die übermäßige Großmut des Proletariats: Es

**Konterrevolution
beim Übergang vom
Feudalismus zum
Kapitalismus**

**Grundlegende Aus-
sagen von Marx,
Engels und Lenin
zur Konterrevolu-
tion**

Lehren der Pariser Kommune

Bourgeoisie findet sich niemals mit ihrem Schicksal ab, wenn sie von der Macht verdrängt wird

Arbeiterklasse muß ihre politische Macht verteidigen

hätte seine Feinde vernichten müssen, statt dessen aber bemühte es sich, sie moralisch zu beeinflussen; es unterschätzte die Bedeutung rein militärischer Aktionen im Bürgerkrieg; und statt seinen Pariser Sieg durch einen entschlossenen Angriff auf Versailles zu krönen, zögerte es und gab der Versailler Regierung Zeit, die Kräfte der Finsternis zu sammeln und zur blutigen Maiwoche zu rüsten“ (W.I. Lenin, Über die Pariser Kommune, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1971, S. 11).



Erschießungen im Jardin du Luxembourg

Die Pariser Kommune zeigte ganz klar: Die Bourgeoisie hat nie neben ihrer Macht eine Arbeitermacht geduldet. Für die „... Bourgeoisie war daher Entwaffnung der Arbeiter erstes Gebot“ (W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 248). Dies ist eine Lehre, wie sie auf ihre Weise auch für die Arbeiterklasse gilt: Sie kann es nicht zulassen, daß sich im Sozialismus ein zweites, ja, bewaffnetes Machtzentrum bildet. Niemals findet sich die Bourgeoisie mit ihrem Schicksal ab, wenn sie von der Macht verdrängt wurde. Immer war und ist sie bereit, zur Konterrevolution, zu blutigem Terror zu greifen. Wird also der Widerstand der Bourgeoisie nicht entschieden gebrochen, so greift sie zur Konterrevolution, und in eben diesem Sinne ruft eine halbe Revolution in der Regel eine ganze Konterrevolution hervor. Der kompromißlose Kampf der Arbeiterklasse gegen jeden Ansatz konterrevolutionärer Tätigkeit ist darum Erfordernis jeder erfolgreichen sozialistischen Revolution.

Das bestätigt die von der internationalen Konterrevolution zerschlagene Pariser Kommune ebenso wie die siegreiche Oktoberrevolution in Rußland und alle nachfolgenden sozialistischen Revolutionen. Die siegreiche Arbeiterklasse muß ihre politische Macht errichten und diese im Bündnis mit den übrigen Werktätigen sowohl zur Überführung aller wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, zum Aufbau der neuen Gesellschaft, wie zur entschlossenen Verteidigung des Sozialismus gegen die Bourgeoisie nutzen. Diese wird, so-

lange sie noch existiert, ihre verlorene Macht und Privilegien zurückzugewinnen suchen. Diese Wahrheit haben Marx, Engels und Lenin immer wieder unterstrichen.

Die „geschichtliche Wahrheit besteht darin, daß in jeder tiefgreifenden Revolution ein **langer, hartnäckiger, verzweifelter** Widerstand der Ausbeuter, die eine Reihe von Jahren hindurch große tatsächliche Vorteile gegenüber den Ausgebeuteten bewahrten, die **Regel** ist. Niemals – es sei denn in der süßlichen Phantasie des süßlichen Dummkopfs Kautsky – würden sich die Ausbeuter den Beschlüssen der Mehrheit der Ausgebeuteten fügen, ohne in einem letzten, verzweiferten Kampf, in einer Reihe von Kämpfen, ihre Vorteile auf die Probe gestellt zu haben... Und nach der ersten ersten Niederlage werfen sich die gestürzten Ausbeuter, die ihren Sturz nicht erwartet, an ihn nicht geglaubt, keinen Gedanken an ihn zugelassen haben, mit verzehnfachter Energie, mit rasender Leidenschaft, mit hundertfachem Haß in den Kampf für die Wiedererlangung des ihnen weggenommenen Paradieses... Und hinter den kapitalistischen Ausbeutern trottet die breite Masse des Kleinbürgertums einher, von dem Jahrzehnte geschichtlicher Erfahrungen in allen Ländern bezeugen, daß es schwankt und wankt, daß es heute dem Proletariat folgt, morgen vor den Schwierigkeiten der Umwälzungen zurückschreckt, bei der ersten Niederlage oder halben Niederlage der Arbeiter in Panik gerät, die Nerven verliert, sich hin- und herwirft, wehklagt, aus einem Lager in das andere überläuft...“ (W. I. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Frankfurt a. M. 1970, S. 35/36).

Marx, Engels und Lenin machten immer wieder darauf aufmerksam: Sowohl der Sieg über das Kapital als auch die Abwehr der Konterrevolution hängen im entscheidenden Maße vom Niveau der Organisation, der ideologischen und politischen Reife der Arbeiterklasse, ihrer Partei, von deren Fähigkeit ab, die Massen zu führen. Der Sieg und der Erfolg im Kampf gegen die Konterrevolution hängt in ebenso entscheidendem Maße auch davon ab, daß sich die Revolutionäre stets dessen bewußt sind, „... Revolutionen werden von der Mehrheit gemacht... Revolutionen werden nicht von einer Partei gemacht, sondern von der ganzen Nation“ (Karl Marx, Aus: Interview mit dem Grundleger des modernen Sozialismus, in: The Chicago Tribune, 5. 1. 1879; S. 7. Vgl. Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 5, S. 374).

Daraus ergibt sich, daß vom Kampf um die Gewinnung der Massen letztlich das „Schicksal“ der Revolution oder der Konterrevolution abhängt. Und damit wiederum ist untrennbar verbunden die Einheit von Sozialismus und Demokratie. Diese Verbindung ist darum so notwendig, weil die Gegenseite gegen den errichteten Sozialismus alles unter der Losung der „Demokratie“ vereinigt. Auf diesem Gebiet begangene Fehler rächen sich bitter, wie die Entwicklung in Polen beweist. Fehler in dieser Hinsicht bereiten objektiv der Konterrevolution den Boden. Die Konterrevolution beginnt unweigerlich unter der allgemeinen Losung: „Politische Freiheit“, „Volksinteressen“. Engels schrieb darüber 1884 an Bebel: „Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher – **die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion**“ (Marx/Engels, Werke, Bd. 36, S. 253).

Dieses Problem ist mit der Lösung vieler schwieriger Aufgaben verbunden. Denn der Aufbau des Sozialismus erfordert eine ziemlich

Ideologische und politische Reife der Arbeiterklasse ausschlaggebend

Der Kampf um die Gewinnung der Massen

Aufbau des Sozialismus erfordert lange Zeit

lange Zeit, „... weil die Neuorganisierung der Produktion eine schwierige Sache ist, dann auch deshalb, weil man für radikale Änderungen auf allen Gebieten des Lebens Zeit braucht, und schließlich deshalb, weil die gewaltige Macht der Gewöhnung an kleinbürgerliches und bürgerliches Wirtschaften nur in langem, beharrlichem Kampf überwunden werden kann... Während dieser ganzen Zeit werden .. sowohl die Kapitalisten und zugleich ihre zahlreichen Handlanger aus der bürgerlichen Intelligenz Widerstand leisten, die sich bewußt widersetzen, wie auch die gewaltige Masse der in kleinbürgerlichen Gewohnheiten und Überlieferungen allzusehr verstrickten Werktätigen, darunter der Bauern, die sich im allgemeinen unbewußt widersetzen. Schwankungen sind in diesen Schichten unvermeidlich“ (W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, S. 377 ff.).

Lenin sagt weiter, der Aufbau des Sozialismus „ist das Werk eines langwierigen, schweren, hartnäckigen **Klassenkampfes**, der **nach** dem Sturz der Macht des Kapitals, **nach** der Zerstörung des bürgerlichen Staates, der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats **nicht verschwindet** (wie sich das Flachköpfe vom alten Sozialismus und von der alten Sozialdemokratie einbilden), sondern seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird. Im Klassenkampf gegen den Widerstand der Bourgeoisie, gegen die Trägheit, die Schablone, die Unentschlossenheit und die Schwankungen des Kleinbürgertums muß das Proletariat seine Macht behaupten, seinen organisierenden Einfluß verstärken, die ‚Neutralisierung‘ jener Schichten durchsetzen, die sich fürchten, die Bourgeoisie zu verlassen, und dem Proletariat allzu unentschlossen folgen...“ (W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, S. 378 ff.).

Fehler der Revolutionäre

„Hier jedoch versucht die Konterrevolution anzusetzen. Um ihre Ziele zu erreichen, nutzt sie die eine oder andere Krise in der Arbeitermacht aus, ebenso die Fehler in der Politik, die begangen werden und die einen Riß entstehen lassen, durch welchen sich die Unzufriedenheit der Massen Bahn brechen könnte. Das heißt, für eine wirkliche Konterrevolution ist es nicht nur wichtig, daß die Bourgeoisie sie will, sondern ebenso, daß die Revolutionäre Fehler machen. Doch nicht nur das: Um ihr Ziel zu erreichen, geht die Konterrevolution gegebenenfalls, ohne auch nur einen Augenblick zu schwanken, ein Abkommen mit dem Feind der gesamten Nation ein“ (W. I. Lenin, Werke, Bd. 15, S. 28).

Internationale Konterrevolution

Das zeigte sich klassisch am Verhalten der französischen Bourgeoisie 1871, als sie mit dem Preußen-Deutschland Bismarcks, dessen Truppen die Hauptstadt belagerten, einen Pakt abschloß, um die Pariser Kommune niederschlagen zu können. Durchaus ähnlich gelagert ist es, wenn die heutigen Führungskräfte der Bundesrepublik, ohne Berücksichtigung der Lebensinteressen unseres Volkes, sich mit Haut und Haar der amerikanischen Bourgeoisie verkaufen, nur zu dem einen Zweck, den Sozialismus nach Möglichkeit doch noch aus der Welt schaffen zu können, und dafür das Leben unseres Volkes bedenkenlos den wahnwitzigen amerikanischen Plänen zu opfern bereit sind, einen atomaren Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zu führen.

War schon die Pariser Kommune ein heroisches Beispiel, das tiefe Spuren im Denken und Handeln der internationalen Arbeiterklasse hinterließ und die Klassiker des Marxismus immer wieder zu Analysen veranlaßte, so gilt das in einem viel umfassenderen Maße für die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Hier wurde zum erstenmal auf einem

Sechstel der Erde die Kette des Kapitalismus durchbrochen. Und wenn die Pariser Kommune das Zusammenspiel der Bourgeoisie der „nationalen Feinde“ Frankreichs und Deutschlands gegen die Arbeiterklasse von Paris bewirkte, während sich auf der anderen Seite die revolutionären Kräfte der ganzen Welt solidarisch zur Pariser Kommune verhielten, so hat die Oktoberrevolution zu einem Weltbündnis imperialistischer Kräfte gegen die junge Sowjetmacht geführt, die besonders anschaulich wurde in dem Interventionskrieg von 14 imperialistischen Staaten, der im Sommer 1918 begann.



Werbeplakat für die Interventionstruppen in den USA

Und die Bourgeoisie ist seitdem nicht müde geworden, immer wieder neue Pakte, neue Bündnisse, neue Ränke gegen den siegreichen Sozialismus zu organisieren bis hin zu dem großen Völkermord des zweiten Weltkriegs, dem NATO-Pakt heute, den Kriegen gegen sozialistische Staaten wie z.B. gegen Vietnam, Laos und Kampuchea, um nur diese Beispiele zu nennen. Sie war immer wieder bemüht, auch andere Formen der Konterrevolution zu organisieren, wie den Versuch, im Juni 1953 den Sozialismus in der DDR umzustürzen, im Herbst 1956 dasselbe in Ungarn zu versuchen und es dann wiederum 1968 in der ČSSR zu tun. Gegenwärtig sind wir Zeugen eines weiteren großangelegten Versuchs, den Sozialismus in Volkspolen zu untergraben und schließlich zu liquidieren.

**Immer neue Formen
der Konterrevolution**

II. Erfahrungen aus der Geschichte

Schauen wir uns die geschichtlichen Erfahrungen seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution etwas genauer an. Dabei können wir nur einige Beispiele konterrevolutionärer Aktivitäten untersuchen und dies natürlich auch nur im Hinblick auf einige Seiten der Konterrevolution. Die Interventionskriege gegen die junge Sowjetmacht haben wir schon erwähnt. Sie waren der unmittelbare Versuch, das alte Regime wiederherzustellen. Neben diesem Versuch, das Rad der Geschichte einfach zurückzudrehen, gab es auch unmittelbar nach der Oktoberrevolution konterrevolutionäre Konzeptionen, die nach „neuen Lösungen“ suchten. Dabei wurde auf solche Gruppen der Werktätigen gesetzt, die vom Lauf der Revolution enttäuscht waren oder die junge Sowjetmacht für alle wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten verantwortlich machten. Bei diesen konterrevolutionären Versuchen spielten pseudorevolutionäre Schlagworte eine große Rolle, die, ohne die alten Herrschichten „zu vergrämen“, „Bündnis“-Partner gewinnen sollten. Diese sollten, durch Schlagworte und verlogene Parolen getäuscht, zur Wiederherstellung der alten Macht- und Besitzverhältnisse mißbraucht werden. Das anschaulichste Beispiel aus jener Zeit ist dafür die Kronstädter Meuterei.

Die Kronstädter Meuterei

Ökonomische und politische Probleme nach der Oktoberrevolution

Ökonomische und politische Probleme gab es nach der Oktoberrevolution und den Interventionskriegen in Sowjetrußland zur Genüge. Die Bauern waren mit der Ablieferungspflicht unzufrieden, sie wollten als kleine Warenproduzenten über die Produkte ihrer Arbeit frei verfügen, sie auf dem Markt verkaufen und dafür Industriewaren kaufen. Die Unzufriedenheit der Bauern wurde von den Überresten der konterrevolutionären Parteien sofort ausgenutzt. Sie schlugen aus den Schwierigkeiten des Übergangs vom Krieg zum friedlichen Aufbau für sich Kapital. An verschiedenen Orten gelang es, die Bauern zum Aufstand aufzuwiegeln. Anfang März 1921 brach in Kronstadt eine Meuterei aus. In der Presse der internationalen Bourgeoisie fand diese Meuterei ein ungeheures Echo und wurde zu einer „Volksrevolution“ hochgejubelt. Und es wurde alles getan, um Kronstadt zu einem „gesamtrussischen Aufstandszentrum“ zu machen.

Die Lage in Kronstadt 1921

Kronstadt war eine Festung der baltischen Flotte. Und es waren revolutionäre Matrosen, die einen maßgeblichen Anteil an der Oktoberrevolution hatten. Wenn jetzt wieder Matrosen einen Aufstand machten, so mußte das Signalwirkung haben. Die Matrosen des Jahres 1921 waren aber nicht mehr die des Jahres 1917. Viele revolutionäre Seeleute waren gefallen oder nahmen am Wiederaufbau der Volkswirtschaft teil. Anfang 1921 waren fast 80 Prozent der Kronstädter Matrosen Söhne von Bauern, vor allem von Mittelbauern, die mit der Ablieferungspflicht unzufrieden waren. Die Veränderungen im Mannschaftsbestand der Baltischen Flotte färbten auch auf die Parteiorganisation von Kronstadt ab. Das machten sich Sozialrevolutionäre, Menschewiki und andere konterrevolutionäre Gruppierungen, aber auch ausgespro-

chene Weißgardisten zunutze. Die Führer der Kronstädter Meuterei gaben solche Losungen aus wie: „Die Macht den Sowjets, aber nicht den Bolschewiki!“ Am 18. März 1921 wurde die Festung von Einheiten der Roten Armee, die durch Tausende von Kommunisten – darunter 300 Delegierte und Gäste des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Rußlands – verstärkt waren, nach heftigen Kämpfen genommen.

In seiner Arbeit: „Über die Naturalsteuer“ hat Lenin die Ursachen und Hintergründe der Vorgänge um Kronstadt genauer untersucht. So heißt es im Plan zu dieser Broschüre: „Ökonomik im Frühjahr 1921 hat sich in Politik verwandelt: ‚Kronstadt‘“ (Lenin, Werke, Bd. 32, S. 339). In der Broschüre selbst schreibt Lenin: „Das Frühjahr 1921 brachte – hauptsächlich infolge der Mißernte und des Viehsterbens – eine extreme Verschärfung in der Lage der Bauernschaft, die infolge des Krieges und der Blockade ohnehin außerordentlich schwer war. Die Folge der Verschärfung waren politische Schwankungen, die, allgemein gesprochen, der innersten ‚Natur‘ des Kleinproduzenten entsprechen. Der krassste Ausdruck dieser Schwankungen war die Meuterei in Kronstadt.“

Am kennzeichnendsten bei den Kronstädter Ereignissen sind gerade die Schwankungen des kleinbürgerlichen Elementes. Etwas Festgeformtes, Klares, Bestimmtes gibt es kaum. Nebelhafte Losungen wie ‚Freiheit‘, ‚freier Handel‘, ‚Befreiung vom Joch‘, ‚Sowjets ohne Bolschewiki‘ oder ‚Neubau der Sowjets‘, oder Erlösung von der ‚Parteidiktatur‘ usw. usf. Sowohl die Menschewiki als auch die Sozialrevolutionäre verkünden, die Kronstädter Bewegung sei ‚ihre‘ Bewegung... Die gesamte Bande der Weißgardisten macht im Nu, man kann sagen mit der Geschwindigkeit der Funktelegraphie, ‚für Kronstadt‘ mobil... Mehr als ein halbes Hundert im Ausland erscheinender weißgardistischer, russischer Zeitungen entfaltet mit rasender Energie eine Kampagne ‚für Kronstadt‘. Die Großbanken, alle Kräfte des Finanzkapitals veranstalten Sammlungen zur Unterstützung von Kronstadt... Wenn Martow in seiner Berliner Zeitschrift erklärt, Kronstadt habe nicht nur menschowistische Losungen durchgeführt, sondern auch den Beweis geliefert, daß eine antibolschewistische Bewegung möglich sei, die nicht vollständig den Weißgardisten, den Kapitalisten und Gutsbesitzern diene, so ist das gerade das Musterbeispiel eines in sich selbst verliebten spießbürgerlichen Narziß. Laßt uns einfach die Augen verschließen vor der Tatsache, daß alle echten Weißgardisten den Kronstädter Meuterern zujubelten und durch die Banken Gelder zur Unterstützung von Kronstadt sammelten.“

„Miljukow hat gegenüber den Tschernow und Martow recht, wenn er verrät, welches die **wirkliche** Taktik der **wirklichen** weißgardistischen Kraft ist, der Kraft der Kapitalisten und Gutsbesitzer: Laßt uns jeden, wer immer es auch sei, sogar die Anarchisten, und jede beliebige Sowjetmacht unterstützen, wenn **nur** die Bolschewiki gestürzt werden, wenn **nur** eine Verschiebung der Macht herbeigeführt wird!... ‚Nur eine Verschiebung der Macht, weg von den Bolschewiki, einerlei, ob ein wenig nach rechts oder ein wenig nach links, alles weitere wird sich finden‘ – darin hat Miljukow vollkommen recht. Das ist eine Klassenwahrheit, die durch die ganze Geschichte der Revolutionen aller Länder, durch die ganze jahrhundertelange Epoche der neuen Geschichte seit dem Mittelalter bestätigt wird. Den zersplitterten Kleinproduzenten, den Bauer vereinigt ökonomisch **und** politisch entweder die Bour-

**Schwankungen des
kleinbürgerlichen
Elements**

**Unterstützung durch
Weißgardisten und
Banken**

**Hauptziel: Verschiebung der Macht,
weg von den Bolschewiki**

Konterrevolutionärer Angriff in anderen Ländern nach der Oktoberrevolution

geoisie (...) oder das Proletariat... von einem 'dritten' Weg, von einer 'dritten' Kraft können nur selbstgefällige Narzisse schwatzen und träumen“ (Lenin, Werke, Bd. 32, S. 372–375).

Die ökonomischen und politischen Schlußfolgerungen für das Bündnis der Arbeiter und Bauern, für die Versorgung der Bevölkerung, für die Arbeit der Gewerkschaften und für die Aufgaben der Partei wurden auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands gezogen.

Nach der Oktoberrevolution gab es nicht nur konterrevolutionäre Attacken gegen die junge Sowjetmacht, sondern auch gegen die Versuche der Arbeiterklasse anderer Länder, sich aus dem Joch des Kapitalismus zu befreien. So sind auch die Jahre nach der Novemberrevolution in Deutschland gekennzeichnet durch konterrevolutionäre Aktionen und blutigen Terror gegen Kommunisten und linke Sozialdemokraten. Die Führer der KPD, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eugen Leviné und Leo Jogiches, fielen diesem Terror zum Opfer. Mit ihnen starben Tausende revolutionäre Arbeiter bei der Verteidigung der Räte-Republiken in Bremen, in Bayern, den bewaffneten Kämpfen im Januar und März 1919 in Berlin, beim Kampf gegen den Kapp-Putsch, bei Kämpfen in Mitteldeutschland, an der Ruhr und in vielen anderen Teilen Deutschlands. Diesen Zeitabschnitt haben wir in dem Bildungsheft: „Die deutsche Arbeiterbewegung in der revolutionären Nachkriegskrise“ behandelt.

**An den Gründungsparteitag
der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens**

....

Berlin, 13. Dezember 1918

Die historischen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit haben begonnen und entwickeln sich in schwindelerregendem Tempo. Konterrevolution oder soziale Revolution – das ist die eiserne Alternative, die sich heute dem deutschen Proletariat aufdrängt. Es wird seinen Kampf mit um so größerer Begeisterung und um so rascher zum Erfolg führen, je mehr es Unterstützung und Aufmunterung durch den revolutionären Kampf seiner Klassengenossen in anderen Ländern erhält. ...

Spartakusbund
Karl Liebknecht

Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, S. 640

Arbeiter, Bürger!

Daß Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:

Von der Spartaßgruppe.

Schlagt ihre Führer tot!

Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten

Plakat der Konterrevolution Januar 1919

Bei der Errichtung der blutigen faschistischen Diktatur 1933 in Deutschland handelte es sich praktisch um eine „vorbeugende Konterrevolution“ der deutschen Monopolbourgeoisie. In Spanien wurde die Republik von den reaktionärsten Kräften des Weltimperialismus im Blut erstickt. Die bedeutendste konterrevolutionäre Aktion war dann der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Aus Platzgründen können wir diese vielfältigen Erfahrungen mit der Konterrevolution hier nicht behandeln. Wir wollen uns auf die konterrevolutionären Attacken des Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg beschränken und sind dabei auch gezwungen, uns mit ausgewählten Beispielen zu bescheiden.

Weiterführende Literatur:

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Band 4, 1. Buch, Moskau 1973.

Wichtige Lehren aus dem Bürgerkrieg vermittelt auch die romanhafte Darstellung von D. Furmanow: Tschapajew, Damnitz Verlag München.

Konterrevolutionäre Aktivitäten nach dem zweiten Weltkrieg

Der zweite Weltkrieg endete anders, als es sich die reaktionären Kreise der Westmächte erhofft hatten. Ihre Absicht war es, die Sowjetunion und das faschistische Deutschland in eine Frontstellung gegeneinander zu bringen und den faschistischen deutschen Imperialismus als Stoß-

„Vorbeugende Konterrevolution“ der Hitlerfaschisten
1933

Sowjetunion Hauptkraft im Kampf gegen Hitlerfaschismus

Entfaltung des antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker

Heftige Klassenkämpfe um die Orientierung der vom Faschismus befreiten Völker

Erfolge der Befreiungsbewegung 1944

trupp gegen den Sozialismus zu benutzen. Die Sowjetunion hatte sich aber als Hauptkraft im Kampf gegen den Hitlerfaschismus erwiesen und übte einen wachsenden Einfluß auf die Volksmassen und ihr antifaschistisches und antimilitaristisches Denken aus. Der Kampf der UdSSR für den Frieden beeinflusste die internationale Entwicklung derart, daß nicht nur der Plan, alle imperialistischen Mächte einheitlich gegen die Sowjetunion zu lenken, nicht gelang, sondern es möglich wurde, die Sowjetunion und die Westmächte in der Antihitlerkoalition zusammenzuführen.

In den vom Hitlerdeutschland besetzten Ländern entfaltete sich der antifaschistische Befreiungskampf der Völker für nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt. Er wurde zum Ausgangspunkt der stürmischen revolutionären Nachkriegsentwicklung. Im Verlaufe des revolutionären Nachkriegsprozesses, der die unmittelbare Folge des antifaschistischen Kampfes der Volksmassen war, orientierten sich insgesamt 11 Staaten auf direkte Abkehr vom imperialistischen System.

In den Ländern, in denen die Massen des Volkes nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr nur Korrekturen am kapitalistischen System vornehmen wollten, sondern die Überwindung des Systems auf die Tagesordnung setzten, entbrannten heftige Klassenkämpfe um die politische und gesellschaftliche Orientierung des Landes. Das trifft in dieser oder jener Form auf alle jungen Volksdemokratien zu. Denken wir nur an die Klassenkämpfe in der Tschechoslowakei, die ihren Höhepunkt im Jahre 1948 fanden. Oder denken wir an Polen. Gerade das Beispiel Polens zeigt, welche Härte die Auseinandersetzungen annahmen. Insgesamt haben von 1944 bis 1947 in Polen 1364 illegale politische Organisationen und bewaffnete Gruppen mit mehr als 90000 Mitgliedern gewirkt. In den Jahren 1944 bis 1948 haben diese politischen und militärischen Untergrundorganisationen in 54800 Fällen staatsfeindliche Terrorakte begangen. Die Bilanz dieses konterrevolutionären Terrors sind 17152 Morde, 6124 Überfälle auf öffentliche Institutionen und Ämter, 1030 Anschläge auf Eisenbahnen und Brücken usw.

Das Beispiel Griechenland

Auch in Griechenland entfalteten sich erbitterte Klassenkämpfe. Obwohl die Regierungen Englands und der USA hoch und heilig versichert hatten, die antifaschistischen und demokratischen Kräfte in den befreiten Ländern zu unterstützen, betrieben sie in Wirklichkeit eine genau entgegengesetzte Politik. Im Herbst 1944 überrollte die Sowjetarmee die hitlerfaschistischen Armeen und rückte auf dem Balkan voran. Abteilungen der griechischen Volksbefreiungsarmee (ELAS) verstärkten den Kampf gegen die sich absetzenden Nazitruppen. Am 12. Oktober 1944 befreiten Abteilungen der ELAS Athen und wenige Tage später das ganze Land. Nach dem Programm der Nationalen Befreiungsfront (EAM), die 1941 auf Initiative der Kommunistischen Partei Griechenlands gegründet worden war und dem Willen der Mehrheit des griechischen Volkes entsprach, sollte nach der Befreiung vom Faschismus die antiimperialistisch-demokratische Revolution zu Ende geführt werden. Um das zu verhindern, landeten am 13. Oktober 1944

britische Truppen in den von der ELAS befreiten Gebieten im Raum von Athen und Piräus. Die Bevölkerung begrüßte die englischen Soldaten in der Annahme, das Ziel ihrer Landung sei die Verfolgung des nach dem Norden zurückweichenden Gegners.

Bald wurde jedoch klar, daß die englischen Truppen in Griechenland ganz andere Ziele verfolgten: Sie sollten die ELAS zerschlagen und entwaffnen, um die Positionen der reaktionären, monarchistischen Elemente der Regierung Papandreu zu stärken und eine demokratische Entwicklung zu verhindern. Im November wurde der Befehl erlassen, alle ELAS-Truppen zu entwaffnen. Aus Protest traten die fortschrittlichen Minister aus der Regierung aus. Die Bevölkerung von Athen und Piräus demonstrierte am 3. Dezember 1944 gegen diese Maßnahmen. Die reaktionäre Polizei eröffnete das Feuer. Auf dieses Blutbad antwortete die Bevölkerung mit dem bewaffneten Kampf. Mit der brutalen und massiven britischen, militärischen Intervention in Griechenland änderte sich im Jahre 1945 das Kräfteverhältnis zuungunsten der revolutionären Befreiungsbewegung.

„Kaum hat die ELAS die Waffen ausgeliefert, entfesselte die Reaktion eine grausame Verfolgung gegen die Kämpfer der Nationalen Widerstandsbewegung, gegen die nationale Befreiungsorganisation und gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Werktätigen.

Im Laufe des ersten Jahres nach dem Abkommen von Varkisa wurden 85000 Mitglieder der Widerstandsorganisationen verhaftet, und von den paramilitärischen Banden der reaktionären Rechten, die von den Angloamerikanern und der inneren Reaktion bewaffnet und versorgt wurden, wurden 1289 Kämpfer der Widerstandsbewegung ermordet. Zehntausende Mitglieder der Organisationen der Widerstandsbewegung wurden verfolgt, und entweder waren sie in die Illegalität untergetaucht oder fanden sie Zuflucht auf den Bergen. Das Hauptziel der Reaktion war die Arbeiterklasse, die die Haupttriebkraft der Widerstandsbewegung war. Der Plan der Imperialisten war die Zerschlagung der demokratischen Bewegung, die Restauration der Monarchie und die Verwandlung Griechenlands in einen Brückenkopf und Aufmarschgebiet des Imperialismus gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien Osteuropas.“

Aus: „50 Jahre heldenhafter Kämpfe und Aufopferungen“, Thesen des ZK der KPG zum 50. Jahrestag der Kommunistischen Partei Griechenlands, S. 40.

Die bewaffnete Intervention Großbritanniens verschaffte der griechischen Reaktion die Möglichkeit, die Macht erneut an sich zu reißen und eine blutige Konterrevolution zu entfesseln. In den ersten Monaten fielen dem Terrorfeldzug der Reaktion Tausende Widerstandskämpfer zum Opfer. Über 75000 wurden verhaftet, über 100000 aktive Teilnehmer des Befreiungskampfes verfolgt und in die Illegalität getrieben.

„50000 auf dem Kampffeld gefallene Tote, 6500 standrechtlich Erschossene, 40000 in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfene und unmenschlich gefolterte Kämpfer, eine Million aus ihren Heimen verjagte Bauern und 60000 politische Emigranten, das ist die Bilanz des Bürgerkrieges, in welchen die innere Reaktion und die englischen und amerikanischen Imperialisten Griechenland hineingetrieben haben, um die Kräfte des Nationalwiderstandes und ihre Seele, die Kommunistische Partei Griechenlands, zu zerschlagen und um die

Britische Intervention im Oktober 1944

Blutige Konterrevolution der griechischen Reaktion

Offene Einmischung der USA

Macht der verräterischen Oligarchie und ihrer politischen Welt zu festigen, um Griechenland in einen Brückenkopf und in einen Kriegsstützpunkt der USA und der NATO gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder sowie auch gegen die Länder des Nahen und Mittelostens zu verwandeln“ (Thesen, a.a.O., S. 42).

Als 1947 die Machtpositionen der griechischen Reaktion erneut gefährdet waren, begann die offene Einmischung der USA in Griechenland. Über die Truman-Doktrin 1947 und den Marshall-Plan 1948 wurde das Land im Februar 1952 in die NATO gezwungen. Seitdem wird die Konterrevolution in Griechenland immer wieder als Beispiel einer erfolgreichen Politik gegen den Sozialismus angeführt. So begrüßte Konrad Adenauer die Truman-Doktrin, nach der Amerika seinen Willen bekundete, „freien Völkern bei der Erhaltung ihrer freien Institutionen und ihrer nationalen Integrität gegen Bewegungen zu helfen, die ihnen ein totalitäres Regime aufzwingen wollen“, und feierte diese vom amerikanischen Imperialismus gegen die Völker gerichtete Politik als „Politik der Eindämmung“, die sich erfolgreich in der Türkei und in Griechenland bewährt habe, wo man durch rechtzeitigen Eingriff diese Länder „vor dem Zugriff der Sowjetunion“ habe bewahren können (Konrad Adenauer: Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966, S. 20).

Weiterführende Literatur:

Viktor Issraelian: Die Antihitlerkoalition, Verlag Marxistische Blätter 1975, S. 419ff.

Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte Band 1, Leipzig 1979, Stichwort Griechenland. Über die Ereignisse im Jahre 1947 schreibt der polnische Autor Jerzy Putrament in dem Roman „Akropolis“, Bln, 1977.

Der 17. Juni 1953 in der DDR

Ziel des Imperialismus: Beseitigung der DDR

Die DDR war von ihrer Gründung an dem kalten Krieg des Imperialismus in besonderem Maße ausgesetzt. Mit der Beseitigung der DDR sollte das Rollback (Zurückrollen) des Sozialismus in Europa beginnen. Die vereinte Macht des Westens, so wurde wiederholt erklärt, werde die Sowjetunion zur Preisgabe der DDR zwingen und die Wiederherstellung eines deutschen Staates nach dem Muster der Bundesrepublik in den Vorkriegsgrenzen ermöglichen. Westberlin wurde zu einer Art „Brückenkopf“ der NATO ausgebaut. Von dort gingen viele feindliche Aktivitäten gegen die sozialistischen Länder aus. Die reaktionären Politiker nutzten die offenen Grenzen der DDR zu Westberlin ebenso für ihre Zwecke aus wie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR in den ersten Nachkriegsjahren. Mit Embargomaßnahmen, Währungsmanipulationen, der Abwerbung von Spezialisten und dem Einschleusen von Spionen und Agenten, die auch zahlreiche Sabotage- und Terrorakte verübten, wurde der kalte Krieg gegen die DDR geführt.

Verschärfung des kalten Krieges

Anfang 1953 erklärten der neue Präsident der USA, D. Eisenhower, und sein Außenminister, J. Dulles, die Politik des Rollback und die Doktrin der massiven Kernwaffenvergeltung zum offiziellen Regierungskurs. Durch militärischen Druck von außen, der notwendigenfalls bis an die Schwelle des Krieges gesteigert werden sollte, und durch

die Aktivierung konterrevolutionärer Kräfte im Innern der sozialistischen Länder sollte die sozialistische Ordnung gestürzt werden. Diese Verschärfung des kalten Krieges durch die neue USA-Administration ermunterte die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik, die Vorbereitung für den „Tag X“, den geplanten Sturz der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR, beschleunigt voranzutreiben. Dabei spekulierten sie auf ökonomische Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus in der DDR. In dem Bestreben, der schwierigen Probleme Herr zu werden, trafen die SED und die Regierung der DDR auch Entscheidungen, die sich als fehlerhaft erwiesen. So wurde z. B. im Herbst 1952 beschlossen, die Schwerindustrie unverhältnismäßig schnell zu entwickeln. Dadurch verringerte sich jedoch das Wachstumstempo der Konsumgüterindustrie, und das wirkte sich wiederum negativ auf die Lebenslage der Arbeiter und anderen Werktätigen aus und rief Unzufriedenheit hervor. Anfang Juni 1953 legten die SED und die Regierung eine Reihe grundlegender Maßnahmen fest, um die sozialistische Staatsmacht und die Wirtschaft zu stabilisieren und die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern.

Die imperialistische Reaktion sah angesichts dieser Beschlüsse ihre Pläne in Gefahr und arbeitete um so intensiver auf den „Tag X“ hin. Am 17. Juni 1953 kam es in Berlin und in einigen anderen Städten der DDR zu Arbeitsniederlegungen und zu Demonstrationen. Illegale konterrevolutionäre Gruppen, die von Rundfunksendern und Agentenzentralen in Westberlin und der Bundesrepublik Anleitung erhielten, nutzten die Mißstimmung von Werktätigen aus, um einen konterrevolutionären Putsch zu organisieren. Die konterrevolutionären Kräfte forderten die Beseitigung der SED und der Regierung, drangen in Parteibüros, staatliche Dienststellen und Warenhäuser ein; sie zerstörten die Einrichtungen, legten Brände. Gefängnisse wurden gestürmt und faschistische Kriegsverbrecher freigelassen. Klassenbewußte Arbeiter, die sich ihnen entgegenstellten, wurden mißhandelt und ermordet. Eine wachsende Zahl von Arbeitern distanzierte sich von den Provokateuren. Die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen verhinderten, daß es zu einer militärischen Auseinandersetzung kam, die unabsehbare Folgen gehabt hätte. Durch das Auftreten der Truppen, das Handeln klassenbewußter Arbeiter, die unter Führung von Parteiorganisationen der SED in vielen Fällen die Provokateure aus den Betrieben verjagten, konnte der Putsch in kurzer Zeit zerschlagen werden.

In der bürgerlichen Propaganda wurde und wird der 17. Juni auch als „Arbeiteraufstand“ bezeichnet. Dazu ist zunächst zu sagen, daß es zu dem mit allen Mitteln angestrebten Generalstreik, der Ausgangspunkt weiterer konterrevolutionärer Aktivitäten werden sollte, nicht gekommen ist. Gleichwohl ist es gelungen, in einigen Gegenden Teile der Arbeiterschaft zur Teilnahme an Streiks zu veranlassen. Die Hauptgründe für die Beteiligung bestimmter Teile der Arbeiterschaft an den Streiks und Demonstrationen waren nach der Einschätzung des Zentralkomitees der SED folgende:

„In der Arbeiterklasse der DDR sind in den letzten acht Jahren große Veränderungen vor sich gegangen. Ein großer Teil der fortschrittlichsten Arbeiter wurde aus den Betrieben genommen und zum Aufbau der Staats- und Wirtschaftsorgane entsandt, wodurch die Betriebsparteiorganisationen der SED, besonders in den Großbetrieben, geschwächt wurden. Andererseits gingen viele nichtproletarische Elemente aus

Spekulationen auf ökonomische Schwierigkeiten in der DDR

Der Imperialismus sieht seine Pläne in Gefahr

Terror der Konterrevolution

Zerschlagung des Putsches

Bürgerliche Propaganda: „Arbeiteraufstand“

Veränderungen in der Arbeiterklasse der DDR

Ungenügender Kampf gegen bürgerliche Ideologie

Hauptaufgabe: Gewinnung der gesamten Arbeiterklasse

dem Bürgertum, darunter nicht wenige faschistische Elemente, ehemalige Staatsbeamte und Unternehmer, die nach 1945 ihre privilegierte Stellung verloren haben und von der Wiederherstellung der alten Privilegien träumen, als „Arbeiter“ in die Betriebe. Diese Menschen trugen kleinbürgerliche und bürgerliche Anschauungen und Stimmungen in die Arbeiterklasse, ein nichtproletarisches Verhältnis zur Arbeit und zur Arbeitsdisziplin, das Streben, vom Staat so viel wie möglich zu nehmen, ohne gleichzeitig die Arbeitsproduktivität zu erhöhen sowie eine negative Einstellung zu volkseigenen Betrieben überhaupt... Die politisch-ideologische Arbeit zur Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins der Arbeiter war nicht ausreichend. Sie trug insbesondere nicht der Tatsache Rechnung, daß breite Teile auch der Arbeiterschaft nach zwölfjähriger faschistischer Diktatur stark von der Naziideologie vergiftet waren.

Der Charakter der Staatsmacht in der DDR und der volkseigenen Betriebe wurde den Arbeitern nicht in überzeugender Weise dargelegt. Die Partei hat nur ungenügend den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und um ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse geführt und in den Arbeitern nur unzureichend das Gefühl der Verantwortung der Arbeiterklasse für den Aufbau und die Festigung des Arbeiter-und-Bauern-Staates in der DDR geweckt. Die in der letzten Zeit in großem Ausmaß durchgeführten, nicht genügend durchdachten und überstürzten administrativen Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsnormen sowie die Entstellungen in der Politik des Sparsamkeitsregimes haben für einige Kategorien der Arbeiter eine teilweise Verschlechterung ihrer Lebenslage gebracht, was unter ihnen Unzufriedenheit hervorrief...“ („Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“, Entschließung des ZK der SED vom 26. Juli 1953, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, S. 455/456.)

Als Hauptaufgabe der Partei bezeichnete es das Zentralkomitee, durch unermüdliche, geduldige Überzeugungsarbeit die gesamte Arbeiterklasse für die Politik der SED zu gewinnen. Das verlangte vor allem auch, die Arbeit in den Gewerkschaften zu verstärken und den Gewerkschaftsleitungen zu helfen, in das Zentrum ihrer Tätigkeit die unmittelbaren materiellen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiterklasse zu rücken. Damit verband das Zentralkomitee die Schlußfolgerung, die ideologische Arbeit der Partei entschieden zu verbessern. Eine weitere grundlegende Lehre bestand darin, ausgehend von einer realen Einschätzung des gegnerischen Vorgehens, rechtzeitig die richtigen Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu ergreifen und durchzusetzen. So wurden auf Initiative des ZK der SED im Juli 1953 zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften die bewaffneten Kampfgruppen der Arbeiterklasse geschaffen.

Weiterführende Literatur:

Heinz Heizer: DDR, Geschichtlicher Überblick, Verlag Marxistische Blätter, 1979.

Ungarn 1956

Die Konterrevolution in Ungarn 1956 war der brutalste Angriff auf den realen Sozialismus seit dem zweiten Weltkrieg. Der konterrevolutionäre Putsch hat, wie es im Bericht des Zentralkomitees der Ungari-

schen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) auf der Parteikonferenz vom 27. Juni 1957 heißt, nicht nur dem ungarischen Volk schwere Schäden zugefügt, sondern auch zu Erfahrungen und Lehren über die Strategie der Konterrevolution beigetragen. „Der konterrevolutionäre Angriff hat ausnahmslos und in jeder Hinsicht die hundertjährigen Lehren des Marxismus bestätigt. Der unversöhnliche Gegensatz zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, diese von Marx vor 100 Jahren aufgestellte These, kam im Oktober 1956 in explosiver Form zum Ausdruck. In der Kampfperiode der Kommunistischen Partei der Sowjetunion von 1917, zu der Zeit, als die Revisionisten und andere kleinbürgerliche Elemente, 'reine Demokratie' und 'Freiheit' forderten, die Macht des Proletariats angegriffen hatten, bewies Lenin, daß unter den gegebenen Umständen dergleichen Forderungen die Forderungen der von der Macht des Proletariats unterdrückten Bourgeoisie sind. Diese Feststellungen Lenins haben sich auch in unserem Fall als zutreffend erwiesen.“ (Janos Kadar: Für ein sozialistisches Ungarn, Verlag Marxistische Blätter 1976, S. 20).

In dem Bericht des Zentralkomitees: „Von der Konterrevolution zur Konsolidation“ vom 27. 6. 1957 wird festgestellt: „Die Periode zwischen 1949 und 1953 muß einer gründlichen Analyse unterzogen werden. Wenn wir eine Bilanz dieser Epoche ziehen, werden wir nicht umhin können, festzustellen, daß sich nach 1949 – mögen die unleugbaren Erfolge noch so groß gewesen sein – negative Erscheinungen bemerkbar machten, und zwar in stets zunehmendem Maße... Selbstgefälligkeit und Anmaßung können nach der Machtergreifung eine recht große Gefahr für die Partei bedeuten. Ich glaube ohne Übertreibung feststellen zu dürfen, daß diese Erkenntnisse mit zu den größten Lehren gehört, die uns besonders während der Ereignisse im Oktober klar wurden“ (a.a.O., S. 22/23).

„Es ist offenkundig, daß gewisse im Juli 1953 erkannte Fehler – Fehler, die in der Planung, in der Bauernpolitik und durch Verletzung der Gesetzlichkeit begangen wurden – der Partei, dem Land, dem Volk recht großen Schaden zugefügt haben. Doch ich glaube erklären zu dürfen, daß alles, was im Namen der Beseitigung der Fehler geschehen ist, zehnmal mehr Schaden angerichtet hat als die ursprünglichen Fehler selbst. Denn das war der Parteimitgliedschaft wie auch dem Volk unter allen Umständen begreiflich, daß einem bei der Arbeit Fehler, sogar schwere Fehler, unterlaufen können. Doch daß man schon erkannte, beim Namen genannte, aller Welt bekannte und von jedermann eingesehene Fehler neuerdings wiederholt, das wird man niemals begreifen und auch keinem Führer verzeihen können. Das eben zerstörte das Ansehen der Parteiführung, das Ansehen der Staatsführung. Und darum sage ich, daß jenes Hin und Her, das drei Jahre lang bei der Beseitigung der Fehler stattfand, in den Beziehungen der Partei zu den Massen weit größeren Schaden angerichtet hat als die 1953 aufgedeckten Fehler selbst.

So ist es natürlich, daß die Parteimitgliedschaft und ein großer Teil des werktätigen Volkes im Herbst 1956 von einer tiefen und berechtigten Erbitterung erfüllt waren. Die in der Beseitigung der Fehler eingetretene Verzögerung, die berechnete Verbitterung der Massen darüber – eine Verbitterung, die in den drei Jahren beträchtlich zugenommen hat – wurden vom Klassenfeind im Land und vom internationalen Imperialismus geschickt und raffiniert ausgenutzt“ (a.a.O., S. 26/27).

Konterrevolution in Ungarn: Der brutalste Angriff auf den realen Sozialismus seit dem zweiten Weltkrieg

Negative Erscheinungen nach 1949

Wiederholung erkannter Fehler

Erbitterung in Partei und Volk



Unbewaffnete Soldaten der ungarischen Volksarmee





Von der Konterrevolution ermordet (Serie nach „Paris Match“)



Ein Opfer der Konterrevolution in Ungarn

Bis Mitte Oktober 1956 hatten sich die konterrevolutionären Kräfte bereits auf einen bewaffneten Putsch vorbereitet. Sie verfügten über bewaffnete Abteilungen und detaillierte Pläne zur Durchführung des bewaffneten Aufstandes. In der ersten Etappe vom 23. bis 30. Oktober wagte es die Reaktion noch nicht, offen mit antisozialistischen Losungen aufzutreten, sondern sie stützte sich auf Forderungen wie z. B. „Entstalinisierung“, „Demokratisierung und Dezentralisierung“, „Ungarischer Nationalkommunismus“ u. a. Dadurch gelang es den Putschisten, die in den Massen verbreitete Unzufriedenheit mit der dogmatisch-sektiererischen Politik der früheren Parteiführung auszunutzen. Am 23. Oktober fand in Budapest eine Demonstration von Studenten statt, die von konterrevolutionären Kräften zur Provozierung



Ein Opfer des Weißen Terrors in Ungarn, November 1956

bewaffneter Zusammenstöße ausgenutzt wurde. Der seit dem 24. Oktober amtierende Ministerpräsident Imre Nagy unterstützte die Konterrevolution. Nach dem Zusammenbruch der Grenzkontrollen wurden Tausende bewaffnete Emigranten aus dem Ausland nach Ungarn geschleust. Waffen- und Nachschublieferungen an die Putschisten erfolgten auch über die Luftbrücke Wien – Budapest, die vorwiegend von amerikanischen Maschinen geflogen wurde. Die diplomatischen Vertretungen der USA und anderer kapitalistischer Staaten gaben direkte Anweisungen an die Führung der Putschisten.

In der zweiten Etappe des Putsches zeigten sich offen seine wahren Hintermänner. Ermuntert durch ausländische Unterstützung sowie durch die verräterische Politik Imre Nagys ging die Reaktion nach dem 30. Oktober zum offenen Terror über. *„In den Straßen Budapests herrschte der konterrevolutionäre Terror, scharenweise wurden Kommunisten und fortschrittliche Menschen ermordet. Zu Tausenden wurden im Land Kämpfer der Partei, LPG-Vorsitzende, Vorsitzende der Räte, Anhänger des Sozialismus eingekerkert, bereitete man ihre Niedermetzelung vor. In der politischen Arena waren die Kapitalisten, Gutsherren, Bankiers, Fürsten und Grafen wieder aufgetaucht, mit Mindszenty an der Spitze. Sie erschienen im Parlament, gründeten innerhalb von zwei Tagen 28 konterrevolutionäre Parteien...“* (a.a.O., S. 4).

Der offene Angriff auf die sozialistischen Errungenschaften öffnete vielen Arbeitern die Augen. Neben der wachsenden Isolierung der Reaktion begannen sich in zunehmendem Maße die revolutionären Kräfte neu zu formieren. Am 3. November 1956 wurde unter Janos Kadar die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung gebildet. Zur Verteidigung der Volksmacht organisierten die bewußtesten Kräfte der ungarischen Arbeiterklasse die kommunistische Partei als marxistisch-leninistische Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei neu. Die USAP und die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung wandten sich an die ungarische Arbeiterklasse mit dem Aufruf zur Verteidigung der Volksmacht gegen die Reaktion. Die UdSSR entsprach der Bitte der neuen ungarischen Regierung um Hilfe und gewährte ihre Unterstützung bei der Zerschlagung der bewaffneten konterrevolutionären Gruppen. Durch die Hilfe der Sowjetarmee blieb Ungarn ein längerer Bürgerkrieg gegen die Konterrevolution erspart.

Weiterführende Literatur:

Janos Kadar: Für ein sozialistisches Ungarn, Verlag Marxistische Blätter, 1976.

Die Ereignisse in der ČSSR 1968

Spätestens nach der Niederlage der Konterrevolution in Ungarn mußte sich der Imperialismus das Scheitern der aggressiven Strategie des Rollback, der unverhüllten Konterrevolution von außen, eingestehen. Seitdem ist die innere Aushöhlung der sozialistischen Staaten Europas in den Vordergrund der antisozialistischen Strategie des Imperialismus getreten. Nachdem der Imperialismus militärisch und politisch-diplomatisch keine Chance mehr hat, das sozialistische Weltsystem zu besiegen, betrachtet er vor allem Ökonomie und Ideologie als die wich-

Zweite Etappe der Konterrevolution: offener Terror

Neuformierung der revolutionären Kräfte

Neuorientierung der antisozialistischen Strategie

tigsten Waffen gegen die von seiner Ausbeutung befreiten Länder. Welche sozialistischen Länder Europas als Hauptziel dieses ideologischen Angriffs, der offiziell als psychologischer Krieg bezeichnet wird, ausersehen sind, beschrieb vor Jahren der damalige Planungsexperte des State Department und spätere Berater von Präsident Carter, Brzezinski: „Die wünschenswertere Form der Umwandlung begänne mit einer internen Liberalisierung der osteuropäischen Staaten... Osteuropa mit seinen historischen Bindungen an den Westen und seinen bereits vor der kommunistischen Machtübernahme fortschrittlicheren Lebensbedingungen wird die Umwandlung zweifellos schneller vollziehen als Rußland. Das gilt besonders für die Tschechoslowakei und in geringerem Umfang auch für Ungarn und Polen“ (Brzezinski: „Alternative zur Teilung“, Köln-Westberlin 1966, S. 179).

„Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen. Unter Ausnutzung nationaler Verschiedenheiten, religiöser Überlieferungen, auch menschlicher Schwächen... ist die Indifferenz zu den Zielen der kommunistischen Staatsführung zu fordern. Wirtschaftliche, moralische und andere Mißstände... sind schonungslos aufzuzeigen mit dem Ziel, die Bevölkerung bis zum passiven Widerstand („Arbeite langsam“) und zur Sabotage zu bringen. Geht dann der kommunistische Staat gegen einzelne Abtrünnige vor, so sind seine Maßnahmen, die als ungerecht erscheinen, möglichst allgemein bekannt zu machen, damit Mitleid und neue Abneigung gegen das kommunistische System erweckt werden. Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die... innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen.“

A.von Schack in: Außenpolitik, Stuttgart, Jg. 1962, H. 11, S. 766 ff.

Das sind nicht irgendwelche privaten Überlegungen von Brzezinski gewesen, sondern das war die gemeinsame Strategie des Imperialismus. So hat bekanntlich auch Franz Josef Strauß vor Jahren in seiner programmatischen Schrift: „Entwurf für Europa“ der Politik der Bundesrepublik die Aufgabe gestellt, „eine in ersten Ansätzen erkennbare Entwicklung“ in einigen osteuropäischen Ländern zu fördern und „zu dem Punkt zu bringen, von dem es keine Rückkehr mehr gibt“ (Franz Josef Strauß: „Entwurf für Europa“).

Die ČSSR war vor 1968 aus verschiedenen Gründen immer mehr zum Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus in Europa geworden. Der Imperialismus konzentrierte die Waffen des psychologischen Krieges gerade auf die ČSSR, wegen ihrer besonderen strategischen Lage als südwestlicher Vorposten der sozialistischen Staatengemeinschaft, aber auch, weil er erkannt hatte, daß der ideologische Überbau der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft in der ČSSR relativ schwach war.

„Die Absichten und Ziele der Konterrevolution in der Tschechoslowakei waren ähnlich wie im Jahre 1956 in Ungarn, nur das taktische Vorgehen war angesichts der unterschiedlichen Bedingungen und Zeit anders. Die antisozialistischen Kräfte in unserem Land, die in Übereinstimmung mit den Absichten des modernen Imperialismus handelten, orientierten sich vor allem auf die Anwendung der Methoden der politischen ideologischen Destruktion und der Destruktion der Macht und auf die allmähliche Verwirklichung der konterrevolutionären Ziele im Verlauf einer längeren Zeitperiode, als es in Ungarn der Fall war. Jedoch rechneten diese Kräfte bei uns damit, im geeigneten Moment, wenn ihre Pläne auf Widerstand stoßen, auch physischen Terror gegen marxistisch-leninistische Kader und dem Sozialismus ergebene Bürger auszulösen.“

Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse kann man schon heute auf die Frage antworten, wie die Bedrohung der revolutionären Errungenschaften unseres Volkes anwuchs und warum es nicht gelungen ist, den konterrevolutionären Verlauf der Ereignisse aufzuhalten und die Sache des Sozialismus in der ČSSR mit eigener Kraft zu verteidigen, sei es auf dem Wege des politischen Kampfes oder mit Hilfe eigener Machtmittel.

Der Prozeß der Entwicklung der sozialistischen Revolution hat unter den Bedingungen der Existenz des sozialistischen Weltsystems seine objektiven Gesetzmäßigkeiten und verbindlichen Kriterien, die bei Respektierung der nationalen Besonderheiten den Charakter der sozialistischen Macht bestimmen und die systematische revolutionäre Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts bedingen. Jede Verletzung dieser Gesetzmäßigkeiten schadet ernsthaft den Interessen des Sozialismus und wird in seinem Wesen antisozialistisch und konterrevolutionär, wenn es zu ihrer vollständigen Negierung und Ablehnung kommt. Zu den beständigen und unveränderlichen Werten des Sozialismus gehören: – die führende Stellung der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde – der Kommunistischen Partei; – die Rolle des sozialistischen Staates als Instrument der Diktatur des Proletariats; – die marxistisch-leninistische Ideologie und ihre Verwirklichung mit allen Mitteln der Einwirkung auf die Massen; – das sozialistische gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln und die Prinzipien der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft; – die Prinzipien des proletarischen Internationalismus und ihre konsequente Verwirklichung in der Außenpolitik, besonders im Verhältnis zur Sowjetunion. Die Entwicklung nach dem Januar 1968 bestätigte, daß die Rechten einen gezielten Angriff auf alle Grundwerte und -normen des Sozialismus führten und die Partei sowie das gesamte politische sozialistische System systematisch zersetzten. Die Ausübung dieses breitangelegten Druckes wurde ihnen durch die Tatsache erleichtert, daß a) Dubček, der zu Beginn das Vertrauen in der Partei und im Lande hatte, allmählich von marxistisch-leninistischen Positionen abging, in das Schlepptau der rechtsoppor-

Die ČSSR im Brennpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus

Allmähliche Verwirklichung der konterrevolutionären Ziele

Gezielter Angriff auf Grundnormen des Sozialismus

**Krisenerscheinungen
auf ideologischem
Gebiet**

**„Es geht um die
politische Macht“**

tunistischen und antisozialistischen Kräfte geriet und schließlich zu ihrem Symbol wurde“ (Aus: Lehren aus der krisenhaften Entwicklung der Partei und Gesellschaft nach dem XIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Bestätigt von der Plenartagung des ZK der KPTsch im Dezember 1970, in: J. Fojtik u. a., Die ČSSR 1968, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1978, S. 132/133).

„Die ernstesten Probleme und Krisenerscheinungen auf ideologischem Gebiet, die in unserer Gesellschaft bereits längere Zeit bestanden und angewachsen waren, gipfelten nach dem Januar 1968 in der Verdrehung, Negierung und schließlich auch der brüskten Ablehnung der Grundprinzipien der marxistisch-leninistischen Weltanschauung in der Philosophie, Soziologie, Geschichte, Ökonomie, auf dem Gebiet des Staates, des Rechts und des Aufbaus der Partei sowie in der Kultur und Kunst, wo es überall zu einer direkten Kapitulation vor der bürgerlichen Ideologie kam. Der ideologische Kampf verwandelt sich in einen direkten Kampf um die Macht... (a. a. O., S. 141).

Schon am 12. Mai 1968 hatte dazu Vasil Bilák, Mitglied des Präsidiums der KPTsch, in einer Rede vor einem Aktiv der Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der Kommunistischen Partei erklärt: *Wir lassen es zu, „daß der Parteiapparat, die Sicherheitsorgane, die Gerichte, die Staatsanwaltschaft, die politischen Funktionäre angegriffen werden. Greift man die Generale, die Militärexperten usw., greift man die Regimentskommandeure an? Nein, nur die politischen Mitarbeiter der Armee sind Zielscheibe des Angriffs, mit einem Wort, was nach Kommunismus riecht, soll unterhöhlt werden. Die Klassiker lehrten, wenn wir den Staat und die Macht übernehmen wollen, müssen wir den alten Staatsapparat zerschlagen. Das tut man jetzt. Wir aber gebärden uns, als ob wir nicht sehen würden, daß es hier um die Macht geht“ (Vasil Bilák, Wahrheit bleibt Wahrheit, Ausgewählte Reden und Aufsätze 1967–1970, Berlin 1973, S. 75).*

Am 21. August 1968 schickten die übrigen Mitglieder der sozialistischen Staatengemeinschaft Truppeneinheiten in die ČSSR.

„Eine objektive Beurteilung und Erläuterung der Ursachen und Zusammenhänge der tiefgreifenden Krise, in der sich die KPTsch und unsere gesamte Gesellschaft 1968 befanden, beweisen unwiderlegbar, daß die inneren Kräfte, durch die Politik der rechten Vertreter in der Parteiführung paralysiert, nicht in der Lage waren, sich zu mobilisieren und die frontale Offensive der Konterrevolution aufzuhalten. In einer solchen Situation mußte entschieden werden, ob man warten soll, bis die Konterrevolution einen Bruderkrieg entfesselt, in dem Tausende von Menschen umkommen werden, und erst dann internationalistische Hilfe gewähren soll, oder ob man rechtzeitig kommen und einer blutigen Tragödie auch für den Preis eines anfänglichen Unverständnisses in- und außerhalb des Landes zuvorkommen soll. Der Einmarsch der verbündeten Truppen in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 kam einem solchen Blutvergießen zuvor und war also eine notwendige und die einzig richtige Lösung“ (Die Lehren aus der Krise, a. a. O., S. 145).

Weiterführende Literatur:

Gustav Husak: Die Tschechoslowakei für Frieden und Sozialismus, Verlag Marxistische Blätter, 1978.

Fojtik, Hartmann, Schmid: Die ČSSR 1968 – Lehren der Krise, Verlag Marxistische Blätter, 1978.

Über die jüngsten Entwicklungen in Polen informierten und informieren wir in der UZ. Im Bericht an die 6. Tagung des Parteivorstands der DKP wurden die konterrevolutionären Machenschaften des Imperialismus der Bundesrepublik im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen enthüllt („Zur politischen Lage und zu den Aufgaben der DKP in der letzten Phase des Bundestagswahlkampfes“, Rede von Herbert Mies, in: Unsere Zeit vom 11. September 1980, S. 5/6).

Auch in den „Marxistischen Blättern“, in „elan“, in den „roten blättern“ und anderen fortschrittlichen Publikationen in unserem Land wurde zu den Entwicklungen in Polen informiert und argumentiert. Wir wollen hier nur darauf verweisen. Allerdings gilt für Polen in gleicher Weise wie für die vorher behandelten Beispiele konterrevolutionärer Attacken gegen den Sozialismus, daß die wichtigsten Informationsquellen für uns die Einschätzungen der betreffenden Bruderparteien sind. Eine umfassende Analyse der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei liegt allerdings zur Zeit noch nicht vor. Und die konterrevolutionären Angriffe in Polen sind in vollem Gange. Wir wollen uns hier darauf beschränken, die wichtigsten Aussagen der 7. Tagung des ZK der PVAP wiederzugeben.

Im Bericht des Politbüros des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei auf der 7. Tagung des ZK der PVAP am 1. Dezember 1980 heißt es: *„Die politische Krise hält... weiterhin an. Es gibt eine Destabilisierung der Wirtschaft und des Staates. Es entscheidet sich die Zukunft des Volkes. Von der Haltung der Partei, ihrer Fähigkeit zu handeln und von ihrer Geschlossenheit hängt in entscheidendem Maße die Richtung der in unserem Lande vor sich gehenden gesellschaftlichen Prozesse, hängt das Schicksal des Sozialismus ab... Groß sind die Schwierigkeiten in der Energiewirtschaft. Die Investitionsfront ist desorganisiert. Bedeutende Rückstände treten im Wohnungsbau auf. Es fehlt viel zur Erfüllung der geplanten Exportaufgaben. Doch wohl am schlimmsten ist es um die Angelegenheiten der Versorgung bestellt. Der Markt ist ungeordnet. Die Versorgung ist ungleichmäßig und in hohem Maße unzureichend. In einigen Gebieten gibt es keine Kontinuität beim Verkauf von Grundnahrungsmitteln... In dieser Situation ist das grundlegende Gebot, alles zu vermeiden, was die Schwierigkeiten erhöht und ihre Milderung stört. Leider haben viele Betriebe, ja sogar ganze Betriebszweige von großer Bedeutung für die Volkswirtschaft ihren normalen Arbeitsrhythmus noch nicht erreicht. Für diesen Zustand gibt es viele Ursachen. Einige davon hängen nicht von den Belegschaften ab und haben sozusagen objektiven Charakter. Zu nennen sind hier Schwierigkeiten bei der Versorgung, in der Energetik und eine Reihe anderer. Doch nicht weniger wesentliche Quellen für die unvollständige Ausnutzung des Produktionspotentials stecken in den immer wieder auftretenden Streiks, in gesellschaftlichen Spannungen, vor allem jedoch in der Minderung der Disziplin und im Durcheinander, das in einem Teil der Betriebe auftritt... Man kann die Motive verstehen, die unter den Arbeitern Streikstimmungen zur Unterstützung ihrer Lohn- und sozialen Forderungen entstehen lassen. Viele Werktätige haben weiterhin ein sehr schweres Leben... Das Problem besteht jedoch darin, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage es unmöglich macht, allen sogar berechtigten Forderungen sofort zu ent-*

**Die politische Krise
hält an**

**Wirtschaftslage läßt
keine weiteren
Forderungen zu**

sprechen. Wir haben darauf hingewiesen und weisen darauf hin, daß auf dem Gebiet der Erhöhung des Lohnfonds schon längst alle rationalen Grenzen überschritten wurden. Eine weitere Öffnung der Schere zwischen Verdienst und Warenangebot richtet sich unmittelbar gegen die Interessen der Werktätigen... Keinerlei Rechtfertigung finden dagegen Streiks mit Prestige- oder direkt politischem Charakter. Tiefe Beunruhigung wecken auch die Versuche, mit Streikdrohungen und sogar mit Hilfe der Besetzung von Räumen und öffentlichen Gebäuden Veränderungen bei staatlichen und politischen Behörden der Wojewodschaften sowie bei Leitungen einiger Betriebe zu erzwingen. Eine Reihe Aktionen finden in einer Atmosphäre statt, in der ultimative Forderungen gestellt werden, in einer Atmosphäre unzulässigen Drucks und der Arroganz gegenüber den Machtorganen und den Arbeitskollegen.



„Polen rufen: Freiheit!“ – Bild-Zeitung auf der Lenin-Werft in Gdansk 1980

**Es kann keine
„Doppelherrschaft“
geben**

Die Tendenz, anderen seinen Standpunkt aufzuzwingen, ja sogar Geiztheit auszulösen, überträgt sich sogar auf die Straßen der Städte bzw. in verschiedene öffentliche Objekte, und zwar in Form verschiedener Flugblätter, Aufschriften, Losungen oder in Form unterschiedlicher Verletzung der Vorschriften und in Form vom Willkür. All das zeugt davon, daß einige Personen und Organisationen der ‚Solidarität‘ den im Statut für ihre Tätigkeit festgelegten Rahmen als Gewerkschaftsorganisation überschreiten. Angesichts des vor kurzem angenommenen entschlossenen Standpunktes dieser Gewerkschaft zur Unantastbarkeit des Textes des registrierten Statuts gibt ein solches Handeln um so mehr zu denken. Es stellt nämlich eine Verletzung des Gesetzes dar. Es ist ein Sichaneignen von Attributen, die ausschließlich der Staatsmacht zustehen. Bekanntlich gibt es in keinem Staat – auch nicht in unserem – eine Doppelherrschaft, und kann es sie auch nicht geben...

Die wichtigsten konterrevolutionären Organisationen

„Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR)“ wurde 1976 gegründet. 1977 wurde es umbenannt in „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR)“. Das „KOR“ wird in der bürgerlichen Presse allgemein als die wichtigste Einrichtung bezeichnet, die in „vierjähriger geduldiger Generalstabsarbeit“ die „ganze Partei jetzt an den Rand des Abgrunds manövriert hat“ (Generalanzeiger, Bonn, 23./24. 8. 1980). Das „KOR“ ist ein Zusammenschluß von antisowjetisch eingestellten, reformistischen und revisionistischen „Dissidenten“, vorwiegend aus Kreisen der Intelligenz. Wichtigste Sprecher sind A. Michnik und J. Kuron. „Die Welt“ vom 16. August 1980 schrieb zur Zielsetzung des Komitees: „Was Kuron als Endziel für Polen verlangt, ist Pluralismus, ein nichtkommunistisches, jedenfalls aber nicht sowjetisches Gesellschaftssystem.“ „Er sei... für die Wiedervereinigung Deutschlands – denn wenn Deutschland wiedervereinigt werde, dann habe Polen endlich eine gemeinsame Grenze mit einem nichtkommunistischen, demokratischen Land...“ Im Verlauf der Zeit gelang es den Kräften des „KOR“, in wichtigen Großbetrieben „solide Stützpunkte zu schaffen: in den Ursus-Traktoren-Werken bei Warschau und eben in der Danziger Lenin-Werft. Dort wirkten straff organisierte Gruppen von Kritikern, die selbstgefertigte Betriebszeitungen und Flugblätter unter ihre Kollegen verbreiteten“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 17. August 1980). Mitglieder des „KOR“ nahmen im April 1978 aktiven Anteil an der Konstituierung der „Gründungskomitees freier Gewerkschaften“ in Warschau und Gdansk (Der Spiegel, 1. September 1980).

Das ausländische Mitglied des „KOR“, der Renegat Kolakowski, schreibt: „Wir wissen aber, daß dem System Veränderungen abgerufen werden können, freilich stufenweise... Es muß im Interesse der betroffenen Länder wie des Westens liegen, daß sich das System durch interne Erschöpfung ändert, nicht aber durch eine Katastrophe“ (Christ und Welt – Rheinischer Merkur, 29. August 1980).

„Wesentlich ist, daß... Möglichkeiten vorsichtigen Handelns mit evolutionärer Zielsetzung gegeben sind, die Schritt für Schritt Aktivitäten auf höheren Stufen gestatten...“ (Opposition ohne Hoffnung, Reinbek b. Hamburg 1978, S. 204).

Und weiter: „Bedeutungsvoll ist auch, ...aus den Erfahrungen der tschechischen und ungarischen Ereignisse die richtigen Schlüsse zu ziehen...“ (Opposition ohne Hoffnung, S. 206)

Von „KOR“ spaltete sich 1979 als militanter antikommunistischer Flügel die „Konföderation Unabhängiges Polen“ (KPN) ab. „Unsere Ziele sind einfach: Wir wollen Polen von der sowjetischen Vorherrschaft befreien. Wir wollen die Zerstörung der kommunistischen Diktatur, die ein Instrument der sowjetischen Macht ist“ (Zweites Deutsches Fernsehen, 8. September 1980).

Bestimmte Gruppen und Personen sind mit dem Imperialismus im Ausland verbunden

Der Kern des Problems besteht darin, daß in einige Gliederungen dieser eigentlichen Arbeiterbewegung, einer Bewegung der Werktätigen, Gruppen und Personen eingedrungen sind, die mit Zentren der imperialistischen Diversion im Ausland verbunden sind, sie tragen negative Einflüsse in sie hinein und haben dem Sozialismus und der Volksmacht feindliche Ziele. Sie vertreten verschiedene Richtungen und Schattierungen. Ein scharfer Klassenkampf ist im Gange. Zeitweilig und aus taktischen Gründen stellen sich die Gegner des Sozialismus hinter Bestrebungen der Arbeiterklasse, weil dies für sie als Sprungbrett für die nächsten Etappen günstig ist. Die Arbeiterklasse geht mit ihnen nicht denselben Weg. Diese Kräfte wollen nämlich die Demontage und folglich die Unterhölung und den Sturz des sozialistischen Staatswesens Polens. Dieses Vorhaben ist seinem Wesen nach gegen die Arbeiter gerichtet und konterrevolutionär.“

Hoffnungen des Imperialismus

Ganz offensichtlich setzen führende Kreise des Imperialismus in ihrer antisozialistischen Strategie große Hoffnungen auf bestimmte Kräfte in den sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und vor allem unter deren Beratern. So schrieb „Der Spiegel“ über die Streiks im vergangenen Herbst: „Walesa war der Leutnant im Graben, aber mit Sicherheit nicht die Stabszentrale an der Streikfront. Dort saß ein Brain-Trust von KOR, der das Streikkomitee in jeder Situation beriet und die Verhandlungstexte mit der Regierung juristisch ausfeilte“ (Der Spiegel, Hamburg, vom 8. 9. 1980).

Konterrevolutionäre Zielsetzung von KOR

Welche Ziele diese „Stabszentrale“ verfolgte, hat ihr Sprecher Kuron in einem Gespräch mit der „Welt“ ausgeplaudert. Er verlangt „als Endziel für Polen Pluralismus, ein nichtkommunistisches, jedenfalls aber nichtsojwetisches Gesellschaftssystem. Er sei, so sagt er... auch für die Wiedervereinigung Deutschlands –, denn wenn Deutschland wiedervereignet werde, dann habe Polen endlich eine gemeinsame Grenze mit einem nichtkommunistisch-demokratischen Land, und das würde vieles leichter machen, auch in der inneren Entwicklung“ (Die Welt vom 16. 8. 1980).

Es soll also nicht nur das sozialistische Polen verschwinden, sondern der Sozialismus in der DDR gleich mit. Ist es da etwa nicht berechtigt, auf die Gefahr der Abhängigkeit der sogenannten unabhängigen Gewerkschaften von antisozialistischen Beratern aufmerksam zu machen? Mehr noch. Die Begeisterung, mit der sich die Gewerkschaftsfeinde in unserem Land, von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ bis zu Strauß, für diese neuen Gewerkschaften ereifern, und der Beschluß der rechten Führung des US-Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO, die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften finanziell zu unterstützen, lassen auf die Möglichkeiten noch weitergehender Abhängigkeiten schließen. Dabei muß man im Auge haben, daß es zum Geschäft der AFL-CIO gehört, Gewerkschaften in anderen Ländern im Interesse der Globalstrategie des US-Imperialismus zu unterwandern. So berichtet der frühere stellvertretende US-Verteidigungsminister Morton Halparin in dem Buch „Der gesetzlose Staat“ z. B. darüber, daß die AFL-CIO im Auftrag des CIA die chilenischen Gewerkschaften während der Präsidentschaft Allendes zu zersetzen versuchte, Geld für konterrevolutionäre Gewerkschaften nach Chile schaffte und Gegner der Unidad Popular an von reaktionären Kräften beherrschten Gewerkschaftsschulen in den USA ausbildete.

Hoffnungen des Imperialismus

„Die politischen und wirtschaftlichen Probleme Polens... werden künftig eher verschärft zutage treten. Denn die von den Arbeitnehmern erstrittenen Lohnerhöhungen haben einen rein inflationären Charakter, weil sie nicht im geringsten Umfang mit einer Steigerung der Produktivität verbunden sind... Damit ist die nächste Krise vorprogrammiert“ (Christ und Welt – Rheinischer Merkur vom 29. August 1980).

„Die Rolle der Opposition will in Zukunft ersatzweise die neue Gewerkschaftsbewegung ‚Solidarität‘ übernehmen. Ihr Machtinstrument ist der Generalstreik“ (Deutschlandfunk, 8. Oktober 1980).

„Wer sollte – und in wessen Namen – dann garantieren, daß sich nicht um die freien Gewerkschaften mit der Zeit alle jene oppositionellen Kräfte sammeln, die heute schon in Polen wirken?“ (Frankfurter Rundschau, 29. August 1980).

Mit dem Wirken einer solchen Organisation „würde Sprengstoff wie Wasser in die Risse eines Betonblocks dringen und diesen irgendwann einmal sprengen... Walesas freie Gewerkschaft repariert den Kommunismus nicht...“ (Der Spiegel, 1. September 1980).

„Freie Gewerkschaften, die nicht unter Kontrolle der Partei stehen, schaffen praktisch ein zweites Machtzentrum im Staat...“ (Die Welt, 2. September 1980).

Den antisozialistischen Kräften in Polen ist offenbar die Aufgabe zugedacht, durch permanente Streiks und Streikdrohungen sowie die Wirtschaftskraft des Landes übersteigende Forderungen des sozialistischen Polen in einem Dauerzustand wirtschaftlicher Erschütterungen zu halten. Ständige wirtschaftliche Unzufriedenheit soll den Boden für eine schrittweise politische Destabilisierung schaffen. Mit überzogenen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen soll Polen in noch größere Verschuldung und damit in ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus gedrängt werden. Sicherlich spielt in den Überlegungen antisozialistischer Strategen auch das Bemühen eine Rolle, auf diese Weise dem sozialistischen Polen zu erschweren, seine materiellen Verpflichtungen in der antiimperialistischen Solidarität und seinen militärischen Beitrag in der Verteidigungsorganisation der sozialistischen Länder zu erfüllen. Dadurch sollen der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages in noch stärkerem Maße die Lasten des vom Imperialismus angeheizten Wettrüstens aufgebürdet werden. So sind die Strategen des Imperialismus bemüht, die polnischen Ereignisse auch für ihr Bestreben zu nutzen, militärische Überlegenheit über den Sozialismus zu erlangen, bzw. den Sozialismus „totzurüsten“.

Die Ziele der antisozialistischen Kräfte in Polen

Spekulationen über Auswirkungen der Ereignisse in Polen auf die sozialistische Staatengemeinschaft

„In Wirklichkeit birgt der Danziger Kompromiß den Keim zur Auflösung des Sowjetsystems. Er liegt in der Botschaft, daß Moskaus Hegemonie über Osteuropa auch durch Erosion zerfallen kann, nicht bloß durch Explosion“ (Die Zeit, 5. September 1980). „Fest steht aber auch, daß auf die Dauer ein unruhiges Polen die Militärpolitik des Warschauer Paktes in Frage stellt. Das böhmische Massiv, die DDR als Glacis haben für die militärischen Planer im Kreml nur Wert, wenn die Verbindungslinien durch Polen gesichert sind“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. August 1980).

Die neue Rüstungsrunde „wird den östlichen Wirtschaften schwere Lasten auferlegen... Neben der Hochrüstung führt kein bequemer Weg zu einem ansprechenden Güterangebot, geschweige denn zum Wohlstand. Die Genügsamkeit der Bevölkerung, durch Zwang erreicht, war bisher ein Plus im Kalkül der Sowjetführung. Der Vorteil kann zum Nachteil werden, wenn, wie in Polen, die Geduld zu Ende geht“ (Süddeutsche Zeitung, 21. September 1980).

Fehler in der Wirtschaftspolitik

Wenn sich in Polen eine große Unzufriedenheit der Arbeiter entwickelte und dies von der Konterrevolution ausgenutzt werden konnte, so haben dafür ernste Fehler in der Wirtschaftspolitik der Partei und Regierung eine wesentliche Rolle gespielt. Dabei darf man bei allen gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens sich nicht den Blick dafür verstellen lassen, daß die Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung in Polen insgesamt sehr positiv ist. Dies gilt insbesondere auch für das letzte Jahrzehnt. In diesem Zeitraum hat sich z. B. die Industrieproduktion mehr als verdoppelt. Hunderte Großbetriebe wurden gebaut oder modernisiert. Millionen neuer Arbeitsplätze entstanden. Die Reallöhne stiegen um mehr als 50 Prozent. Die staatlichen Sozialleistungen wurden fast vervierfacht usw.

Das Problem ist, daß diese Entwicklung von ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten begleitet war, die sich vor allem in einer zunehmenden Kluft zwischen rasch gestiegener Massenkaufkraft und einem damit nicht Schritt gehaltenen Wachstum des Warenangebots äußern. Die Folgen davon sind trotz steigenden Lebensstandards Mangelercheinungen, Käuferschlangen, Unzufriedenheit der arbeitenden Menschen.

Verletzung objektiver ökonomischer Gesetze

Wenn sich in Polen eine zunehmende Kluft zwischen Kaufkraft und Warendeckung entwickelt hat, so bedeutet das, daß in der praktischen Wirtschaftspolitik – aus welchen Gründen auch immer – objektive ökonomische Erfordernisse verletzt wurden. Der Marxismus geht davon aus, daß der Produktion und dem Austausch materieller Güter unter allen gesellschaftlichen Bedingungen objektive Gesetzmäßigkeiten

zugrunde liegen. Im Sozialismus können diese bewußt im Interesse der Gesellschaft angewandt werden. Ihre Nichtbeachtung hat allerdings zur Folge, daß sie sich – ebenso wie in vorangegangenen Produktionsweisen – dennoch unter mehr oder weniger großem Schaden für die Gesellschaft Bahn brechen. Zu den objektiven ökonomischen Gesetzen der sozialistischen Produktionsweise gehört das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, und diese schließt die Notwendigkeit einer planmäßigen proportionalen Entwicklung der Massenkaufkraft einerseits und der zu ihrer Deckung notwendigen Warendeckung andererseits ein.

Und weiter: Um das Tempo der Entwicklung der Industrie und des Lebensstandards zu beschleunigen, wurden in der ersten Hälfte der siebziger Jahre enorme Investitionen getätigt, die zum Teil durch die Aufnahme großer Kredite in kapitalistischen Ländern finanziert wurden. Infolge des zyklischen Produktionsrückganges und des späteren nur gedämpften Wachstums in den kapitalistischen Ländern sperrten sich diese immer mehr gegen polnische Waren. Hinzu kamen gewaltige Preissteigerungen auf dem Weltmarkt für dringend benötigte Rohstoffe und Zinserhöhungen für bereits gewährte Kredite. Um die enorme Verschuldung in den kapitalistischen Ländern (heute mehr als 20 Milliarden Dollar) aufzuhalten und den fälligen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, mußten – und das zum Teil zu außerordentlich niedrigen Preisen – solche Produkte, vor allem auch Konsumgüter, exportiert werden, die sich auf den kapitalistischen Märkten noch absetzen ließen. Diese Güter wurden wiederum dem inneren Markt entzogen und mußten die Kluft zwischen Kaufkraft und angebotener Warenmenge weiter verschärfen.

Nicht zuletzt gehört zu den Ursachen für die Kluft zwischen Kaufkraft und Warenangebot in Polen die außerordentlich rückständige Struktur der Landwirtschaft. Im Unterschied zu den anderen sozialistischen Ländern wird der weitaus größte Teil des Bodens (etwa 70 Prozent) von kleinbäuerlichen Einzelwirtschaften mit durchschnittlich vier bis fünf Hektar Betriebsfläche bebaut. Hier kann keine moderne Großtechnik eingesetzt werden. Die Erträge allgemein bleiben beträchtlich hinter den genossenschaftlichen bzw. staatlichen Großlandwirtschaften zurück. Auch hier bestätigt sich der Marxismus, zu dessen Grundaussagen die Feststellung gehört, daß der Sozialismus sich auf das gesellschaftlich Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln gründen muß.

Dieses Problem zu nutzen, wurde der Konterrevolution durch ernste Mängel in der Arbeit der polnischen Gewerkschaften und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei erleichtert. Diese Mängel betreffen die Mißachtung der Leninschen Normen über die Aufgaben der Gewerkschaften im Sozialismus, eine ungenügende Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und die Lösung der Bindungen der Partei und Gewerkschaften zu den Arbeitermassen.

Die ungenügende Verbindung mit den Arbeitermassen – die die PVAP als eine Ursache der gesellschaftlichen Krise in Polen nennt –, hängt sicherlich nicht zuletzt mit Mängeln in der ideologischen Arbeit zusammen. Im Bericht an die 7. Tagung des ZK der PVAP führt dazu der Generalsekretär der PVAP, Genosse Kania, aus: „Voraussetzung für die Ausübung der führenden Rolle der Partei ist ideologische Eindeutig-

Rückwirkungen der kapitalistischen Krise

Rückständige Struktur der Landwirtschaft

Mängel in der Massenarbeit...

...und der ideologischen Arbeit

Massenverankerung des polnischen Katholizismus

Tendenzen eines polnischen Nationalismus

Vielfältige Verbindungen ins Ausland

Arbeiter in der ersten Generation

keit, die sich auf die Grundsätze des Marxismus-Leninismus stützt. Deshalb werden wir... entschieden gegen Erscheinungen ideologischer Kapitulation, Verletzung der ideologischen Einheit und Handlungsfähigkeit der Partei auftreten.“

Wenn eine gründliche ideologische Arbeit für jede kommunistische Partei unerlässlich ist, so gibt es Parteien, für die dies infolge besonderer nationaler Umstände sogar in noch stärkerem Maße gilt. Zu diesen Parteien gehört die DKP, aber sicherlich auch die PVAP. Unter den Gesichtspunkten, die der ideologischen Arbeit der polnischen Bruderpartei einen zusätzlichen Stellenwert geben, scheinen vier Faktoren von besonderer Bedeutung zu sein:

1. die tiefe Massenverankerung des polnischen Katholizismus, die sich aus der leidvollen Geschichte der Teilung Polens und der Rolle der Kirche als Bindeglied der geteilten Nation erklärt;
2. muß beachtet werden, daß aus eben dieser Geschichte nicht nur ein besonders tiefes Nationalgefühl des polnischen Volkes entspringt, das eine große positive Rolle gespielt hat und auch heute spielt, sondern daß es daneben auch noch Tendenzen eines polnischen Nationalismus gibt. Zu dessen negativen Seiten gehört ein mit der Unterdrückerrolle des zaristischen Rußlands gegenüber Polen zusammenhängender antirussischer Zug, dem Gegner des Sozialismus eine antisowjetische Stoßrichtung geben können, wenn die Partei in ihrer ideologischen Arbeit nachläßt;
3. erhält die ideologische Arbeit der PVAP auch durch die Tatsache besonderes Gewicht, daß etwa 20 Millionen Menschen polnischer Herkunft im kapitalistischen Ausland, vor allem in den USA, leben und durch vielfältige Verbindungen auf das Denken der Bürger Polens einwirken;
4. schließlich muß man beachten, daß die Mehrheit der polnischen Arbeiterklasse sozusagen Arbeiter in der ersten Generation sind, die zu einem ganz beträchtlichen Teil nicht nur ideologisch, sondern sogar materiell die Nabelschnur zu ihrer bäuerlichen, und dabei in Polen privatbäuerlichen Herkunft, noch nicht zerschnitten haben. Auch das stellt besondere Anforderungen an die ideologische Arbeit unter den Massen, aber auch in der Partei selbst, denn schließlich ist eine kommunistische Partei ja Fleisch vom Fleische der Arbeiterklasse ihres Landes, aus der sie sich rekrutiert und zu der sie gehört.

Weiterführende Literatur:

Wladyslaw Gora: Volksrepublik Polen. Ein Abriß, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1979.

Polen und wir, Fragen – Argumente – Standpunkte, Herausgeber: Parteivorstand der DKP, Düsseldorf 1980.

Konterrevolution in Chile

Wichtige Erfahrungen haben auch die bitteren Ereignisse der Konterrevolution in Chile für die Arbeiterklasse und demokratische Bewegung vermittelt. Die chilenischen Genossen selbst haben die wichtigsten Lehren in Beschlüssen ihrer Partei und zahlreichen Veröffentlichungen, z. B. in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, gezogen.

Das chilenische Beispiel lehrt, daß die Einleitung des revolutionären Prozesses durch einen Wahlsieg der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten demokratischen Kräfte von großer Bedeutung sein kann. Es unterstreicht aber zugleich, daß es unbedingt notwendig ist, diesen Wahlerfolg durch Aktionen der Volksmehrheit, durch den außerparlamentarischen Kampf zu untermauern und auszubauen.

„Das chilenische Volk hat einen Teil der Staatsmacht erkämpft, indem es den Präsidentenposten eroberte, aber es besaß keine ‚stabile Parlamentsmehrheit‘, wie sie, sagen wir, die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 in ihrer Erklärung bei der Formulierung der These vom friedlichen Weg der Revolution vorsah... Der Hauptinhalt unserer Erfahrung ist jedoch etwas anderes. Sie bestätigt, daß die Arbeiterklasse die Revolution auf beliebigem Wege vollbringen kann, aber nur dann, wenn sie die Entwicklung des Klassenkampfes fördert, das Feuer auf die Hauptfeinde konzentriert, zur Beschleunigung der in der Gesellschaft herangereiften Veränderungen beiträgt und damit um sich die Mehrheit des Volkes zusammenschließt und so ein Kräfteverhältnis schafft, das es ihr ermöglicht, die Reaktion zu besiegen und dieser die Hände zu binden. Das Plenum des Zentralkomitees unserer Partei im August 1977 gelangte zu dem Schluß: ‚Die chilenische Erfahrung beweist, daß die Entscheidung der Frage, wer wen?, vor allem davon abhängt, wer wen von den Massen isoliert, wer letztlich stärker sein wird – die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten oder die Reaktion und deren Komplizen. Alle gelösten wie ungelösten Probleme der chilenischen Revolution waren mit dieser Frage verbunden.‘“ (Luis Corvalan: Revolution auf dem Weg des nichtbewaffneten Kampfes. Wie er sich in unserem Lande gestaltete, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1978, Heft 1, S. 32/33).

Das chilenische Beispiel lehrt weiter, daß es für den Erfolg des revolutionären Prozesses unbedingt notwendig ist, die Mehrheit der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zu erringen. Es zeigt aber auch, daß es nicht genügt, wenn sich die Mehrheit passiv verhält. Notwendig ist ihr aktives Eintreten für den Prozeß des gesellschaftlichen Fortschritts.

„Bekanntlich birgt die Revolution die Gefahr der Konterrevolution in sich, und letztere wird entfesselt, wenn die Revolutionäre die Initiative verlieren, wenn die Revolution auf der Stelle tritt, in die Defensive geht und wenn sich letztlich das Kräfteverhältnis zugunsten ihrer Feinde verändert. In Chile trat das ein nach der Periode des Aufschwungs der Volksbewegung und der bedeutenden demokratischen Umgestaltung, nach der Periode der Erfolge und Leistungen, in der die Politik der Volksregierung bei den Massen beträchtliche Unterstützung genoß. Auf die Veränderung der Situation wirkten verschiedene Faktoren ein. Einige davon – z. B. die horrenden Preise für Importwaren und das beträchtliche Absinken der Preise für Exportgüter – hatten die Regierung und die Unidad Popular nicht unter Kontrolle. Diese Faktoren und besonders die Pläne des Feindes, der weiterhin sein Unwesen trieb, wurden objektiv dominierend“ (Corvalan, a.a.O., S. 33).

Das chilenische Beispiel lehrt weiter, daß sich das arbeitende Volk niemals der Illusion hingeben darf, daß die Reaktion die Prinzipien der parlamentarischen Legalität, Verfassung und Gesetz achten wird, wenn die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht an-

Wahlerfolge müssen durch außerparlamentarischen Kampf untermauert werden

Die Mehrheit der Arbeiter muß gewonnen werden

Keine Illusionen über das Verhalten der Reaktion

getastet werden. Des weiteren lehrt Chile, daß eine erfolgreiche anti-monopolistisch-demokratische Umgestaltung einen neuen, antimonopolistisch-demokratischen Staatsapparat erfordert, der den Interessen der arbeitenden Mehrheit des Volkes dient.

„In Chile hingen die Hauptfragen der Revolution – die Eroberung der gesamten Macht – von der Fähigkeit der Unidad Popular ab, die Feinde zu isolieren und eine kräftemäßige Überlegenheit zu schaffen, die es ermöglicht hätte, von der Eroberung des Präsidentenamtes zur Besitzergreifung vom ganzen Staatsapparat und dann noch zur konsequenten, tiefgreifenden Umgestaltung aller seiner Institute überzugehen...

In Chile hat es sich als möglich erwiesen, den Feind zu isolieren und ihm kräftemäßig überlegen zu sein, um eine Reihe revolutionärer Aufgaben zu lösen: Nationalisierung der großen Kupferminen, der großen monopolistischen Unternehmen und Banken, Durchführung der Agrarreform, Errichtung der Kontrolle fast über den ganzen Außenhandel. Doch diese Überlegenheit war nicht mit der revolutionären Aufgabenstellung – Eroberung der gesamten Macht – erreicht worden, vor allem deswegen, weil die Mehrheit des Volkes ihre Hoffnung eher daran knüpfte, in wessen Händen die Regierung lag, als daran, in wessen Händen die ganze Macht lag“ (Corvalan, a.a.O., S. 38).

An den Erfahrungen der Konterrevolution in Chile kann keine verantwortungsbewußte kommunistische Partei vorbeigehen. Dabei ist die Feststellung von Luis Corvalan hervorzuheben:

„Welche spezifischen Merkmale der chilenischen Revolution auch immer eigen waren – und es waren ihrer, wie in jeder Revolution, tatsächlich nicht wenige –, im Lichte dieser Erfahrung kann keine Grundthese des Marxismus-Leninismus angezweifelt werden. Im Gegenteil, sie werden durch unsere Erfahrungen bestätigt. Aus der gründlichen und detaillierten Analyse des chilenischen Prozesses insgesamt ergibt sich, daß die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Revolution ihre Gültigkeit behalten. Unsere Erfolge erklären sich eher aus der Berücksichtigung dieser Gesetzmäßigkeiten und unsere Mißerfolge eher aus deren Unterschätzung, also aus gelungenen bzw. mißlungenen Definitionen der spezifischen Merkmale, die freilich nicht unterschätzt werden dürfen. Das ist verständlich. Zugleich wäre es z. B. unseriös, zu behaupten, der Sturz der Regierung der Unidad Popular wäre darauf zurückzuführen, daß diese oder jene Gesetzmäßigkeiten nicht berücksichtigt wurden. Die bloße Feststellung, daß wir die Frage der Erringung der vollen Macht nicht gelöst und den Weg des bewaffneten Kampfes nicht rechtzeitig eingeschlagen haben und andere derartige Behauptungen ohne Berücksichtigung der damaligen Situation, der realen Hindernisse und Schwierigkeiten, das heißt, ohne eine objektive Untersuchung des Prozesses insgesamt, sind ebensowenig eine wissenschaftliche Erklärung. Erinnern wir uns nochmals an die Leninschen Worte, daß die Wahrheit immer konkret ist“ (Luis Corvalan, a.a.O., S. 39/40).

Weiterführende Literatur:

V. Teitelboim u. a.: Chile – Erfahrungen der Revolution, Verlag Marxistische Blätter 1977.

Luis Corvalan: Revolution auf dem Weg des nichtbewaffneten Kampfes: wie er sich in unserem Land gestaltete, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 1978, Heft 1, S. 32 ff.

**Notwendig:
Eroberung der
gesamten Macht**

**Die Wahrheit ist
immer konkret**

III. Lehren für uns heute

41

Dieser Blick in die Geschichte, bei dem wir uns auf einige wenige Beispiele beschränken mußten, zeigt vielfältige Varianten der Konterrevolution. Er verweist uns aber auch auf einige allgemeingültige Lehren.

Das Hauptziel der Konterrevolution ist es, die Veränderung der politischen Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse entweder aufzuhalten oder rückgängig zu machen.

- Dabei richtet sich immer der Hauptstoß der Konterrevolution gegen die politische Macht der Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei.
- Die Konterrevolution orientiert sich immer vor allem auf Schichten mit einem rückständigen Bewußtsein, mit Vorbehalten und Vorurteilen gegenüber dem Sozialismus.
- Im Kampf der Konterrevolution werden stets der bürgerliche Nationalismus und der Antisowjetismus als ideologische Waffen genutzt.
- Bei konterrevolutionären Versuchen haben wir es immer mit einer Verbindung des Kampfes der konterrevolutionären Kräfte im eigenen Land mit Kräften des Weltimperialismus zu tun.
- Bei den Bemühungen, die revolutionäre Entwicklung aufzuhalten oder rückgängig zu machen, spielt die Politik und Ideologie des Sozialreformismus unter den heutigen Bedingungen eine wachsende Rolle.
- Konterrevolutionäre Angriffe gegen den Sozialismus sind immer dann besonders gefährlich, wenn Fehler der kommunistischen Parteien ausgenutzt werden können.

Dabei müssen wir allerdings Fehler und Versäumnisse der kommunistischen Parteien und objektive Schwierigkeiten voneinander unterscheiden, die sich aus dem Aufbau des Sozialismus als einer neuen Gesellschaftsordnung ergeben. Der imperialistische Gegner versucht beides auszunutzen.

Schwierigkeiten, Hindernisse, Widersprüche gibt es in allen sozialistischen Staaten. Sei es, daß der Aufbau des Sozialismus zumeist in ökonomisch noch rückständigen Ländern, nach schweren Kriegen begonnen werden mußte, daß er unter Bedingungen eines beispiellos harten internationalen Klassenkampfes stattfindet, sei es auch, daß Sozialisten bei der Lösung dieser gewaltigen Aufgabe selbst Fehler begehen.

Genosse Leonid Breshnew äußerte sich darüber auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU: „Die heutige Welt des Sozialismus ist mit ihren Erfolgen und Perspektiven, mit all ihren Problemen ein noch junger, wachsender gesellschaftlicher Organismus, in dem sich noch nicht alles stabilisiert hat. Vieles trägt noch den Stempel vergangener geschichtlicher Epochen. Die Welt des Sozialismus ist voller Dynamik, sie vervollkommt sich unaufhörlich. Ihre Entwicklung verläuft natürlich

Das Hauptziel der Konterrevolution

Fehler der kommunistischen Parteien und objektive Schwierigkeiten

Keine unhistorische Betrachtungsweise des Sozialismus

Sozialismus wird im Klassenkampf aufgebaut

im Kampf des Neuen mit dem Alten und über die Lösung der inneren Widersprüche.“

Der Sozialismus entwickelt sich im Rahmen bestimmter ökonomischer, politischer, auch ideologischer Bedingungen, die in mancherlei Hinsicht auch Grenzen ziehen. Wir müssen darum vor einer unhistorischen, idealisierenden Betrachtungsweise warnen. Sie führte schon manchen dazu, vom Sozialismus jetzt Schritte zu erhoffen – und ihn, falls sie ausblieben, zu kritisieren –, die heute noch gar nicht möglich sind. Zum Beispiel kritisieren manche am Sozialismus, daß dort der Staat nicht abstirbt, sondern gefestigt wird. Die konterrevolutionären Kräfte haben solche „Kritik“ noch stets gern aufgegriffen und angesichts des mit allen, nicht nur ideologischen und ökonomischen Mitteln geführten internationalen Klassenkampfes der Forderung nach Abbau des sozialistischen Staates in ihren Medien breiten Raum gewährt. Meistens geschieht das unter der Losung der „Demokratisierung“ des Sozialismus. Nicht selten werden auch die Schwierigkeiten unterschätzt, die es mit sich bringt, wenn der geschichtlich gesehen immer noch junge Sozialismus den Ballast von mehreren Ausbeutergesellschaften, also von Jahrtausenden, abwerfen will.

Die sozialistische Umwälzung unterscheidet sich von der bürgerlichen darin, daß sich zwar im Schoß des Feudalismus bereits die kapitalistischen, nicht aber im Schoß des Kapitalismus bereits die sozialistischen Eigentumsverhältnisse entwickeln. Darum ist zwar die bürgerliche, nicht jedoch die sozialistische Revolution mit dem verhältnismäßig kurzen Akt des staatlichen politischen Umschwungs vollendet. Bürgerliche Revolution bedeutet, den bereits vorhandenen kapitalistischen Betrieben einen entsprechenden bürgerlichen staatlich-politischen Überbau zu verschaffen. Sozialistische Revolution bedeutet, daß mit der Schaffung der sozialistischen Macht – also der sozialistischen Demokratie – die Hauptaufgaben erst beginnen: die Bildung einer sozialistischen Produktionsweise.

Das ist eine Aufgabe für eine ganze historische Periode, die nur im erbitterten Klassenkampf gegen innere und äußere Feinde verwirklicht werden kann. Und sie erfordert zugleich das zähe und geduldige Ringen um die Gewinnung der Bauern und Handwerker, um sie zum genossenschaftlichen Zusammenschluß zu bringen, damit der Sozialismus auch in diese außerordentlich wichtigen Bereiche des Wirtschaftslebens vordringen kann. Dies ist eine sehr komplizierte Aufgabe der Bündnispolitik, die auf ideologischem, ökonomischem und politischem Gebiet viele Anstrengungen und Phantasie erfordert. Gerade das Beispiel Polen zeigt, welche großen Probleme dem Sozialismus erwachsen, wenn er diese Aufgabe nicht vollständig löst.

Dabei besteht ein weiterer Unterschied darin: Die bürgerliche Revolution greift nicht die Einrichtung des Privateigentums an den Produktionsmitteln selbst an, sondern nur seine Form als feudales Eigentum. Es war häufig möglich, daß sich der feudale Produktionsmittelbesitzer in einen Kapitalisten verwandelte. Aber die sozialistische Revolution ist gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln selbst gerichtet. Ein Kapitalist mag auf die Seite der Arbeiterklasse übergehen, aber das ist nicht die Verwandlung in einen anderen Privateigentümer, sondern er hört dann auf, Privateigentümer zu sein, auszubeuten. Außerdem ist dies eine Ausnahme. Im Kern geht es darum, daß die sozialisti-

sche Revolution gegen die Urteile und Vorurteile von mehreren Jahrtausenden Klassengesellschaft gerichtet ist. Das schafft harte Kampfbedingungen und wirkt sich auch auf die konkrete Gestalt der Demokratie aus.

Obgleich die werktätigen Volksmassen zahlenmäßig den gestürzten Ausbeutern überlegen sind, sind diese zunächst – selbst ohne politische Macht – in gewisser Hinsicht noch stärker als die Volkskräfte. Denn das Verhalten der Menschen ist von ihrem Bewußtsein bestimmt. Auch im Bewußtsein jener, die den Sozialismus errichten, sind viele von der früheren, der kapitalistischen Ordnung vorgeprägte Inhalte vorhanden. Da ist die überkommene Moral, die Religion, der sogenannte Besitztrieb, die Angst um seinen eigenen Adam, die uns der Kapitalismus eingepflichtet hat. Das alles ist eine Art Lebensgewohnheit, zweite Natur des Menschen geworden und muß erst mühsam überwunden werden. Und dies muß geschehen gewissermaßen in offener Schlacht, denn den konterrevolutionären Kräften stehen doch durch solche Sender wie „Free Europe“, „Deutsche Welle“ usw., durch die sogenannte Kulturdiplo-matie, durch den gewaltig angewachsenen Fremdenverkehr zahlreiche Kanäle offen, um ihre Ideologie, die an den Überresten der vergangenen Lebensgewohnheiten anknüpfen kann, in den Sozialismus einzuschleusen.

Die Ausbeuter gibt es zunächst auch nach der Revolution. Sie haben zwar nicht mehr die staatliche, aber immer noch teilweise ökonomische Macht, ihre Beziehungen, ihre Auslandsverbindungen. Der größte Teil der Fachkräfte höherer Ausbildung entstammt der bürgerlichen Klasse oder ist eng mit ihr verbunden und darum im Sozialismus gar nicht oder nur mit größter Vorsicht zu verwenden. Die gestürzte Kapitalistenklasse und ihre Fachkräfte besitzen die Kenntnis der Verwaltungspraxis, der Organisation, verstehen den Umgang mit der Macht. Auf diesem Gebiet besitzen sie jahrhundertelange Erfahrungen, sind sie bisweilen auch geschickter als die junge, frisch zur Macht gelangte Arbeiterklasse. Die bürgerliche Oberschicht besitzt die Bildung, versteht es, die Vorurteile rückständiger Volksschichten auszunützen.

Dagegen ist die Masse der Ausgebeuteten geduckt, unwissend, ungebildet, verängstigt, zersplittert. Ein nicht geringer Teil von ihnen ist mit Eigentümerideen verseucht. Unter ihnen sind nicht wenige deklasierte ehemalige Kleinrentner. Bis ins Volkssprichwort reicht die Mentalität des „Hast du nix, bist du nix“, und „Klein, aber mein“.

Aus den verschiedensten Gründen erweist sich der Nationalismus als die zähstlebige Form der bürgerlichen Ideologie. Und die Konterrevolution stellt das sehr genau in Rechnung, wenn sie an diesen Nationalismus anknüpft und ihn mit dem Antisowjetismus verbindet. So etwa, wenn die Schuld der deutschen und amerikanischen Bourgeoisie an der deutschen Spaltung geleugnet und statt dessen „die Russen“ dafür verantwortlich gemacht werden. Oder wenn „den Polen“ eingeredet wurde, sie müßten auf Anarchie verzichten und arbeiten, weil sonst „die Russen“ kommen. Als ob es für die polnischen Bürger nicht um des eigenen Lebens willen notwendig sei zu arbeiten und das eigene Haus in Ordnung zu halten.

Aus alledem ergeben sich zahlreiche Konflikte, die aber der kapitalistischen Vergangenheit, ihrem Erbe und dem erbitterten internationalen

Von der kapitalistischen Ordnung vorgeprägte Inhalte des Bewußtseins

Wirksamkeit des Nationalismus

Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus berücksichtigen

Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus zuzuschreiben sind.

Zu dieser Gruppe von Problemen kommen die zum Teil unvermeidlichen eigenen Mängel, Schwächen, die Fehler der neuen sozialistischen Macht. Da wird etwas aufgebaut, das es bisher noch nicht gab. Dennoch enthält die Theorie von Marx, Engels und Lenin sowie die mittlerweile jahrzehntelange Erfahrung des sozialistischen Aufbaus viele verallgemeinerungsfähige Hinweise, Lehren und aufgedeckte Gesetze des Sozialismus, durch deren Aneignung und Anwendung eine ganze Reihe von Fehlentwicklungen vermieden werden kann, die sonst zum Nährboden konterrevolutionärer Aktivitäten werden können. Das zeigt jedoch, wie außerordentlich wichtig es ist, die Theorie von Marx, Engels und Lenin, sodann die Erfahrungen des Aufbaus aller sozialistischen Länder gründlich zu studieren und sie in der eigenen Arbeit zu beachten. Ungenügende ideologisch-politische Arbeit der Partei der Arbeiterklasse nutzt der Konterrevolution.

Hierhin gehört auch die genaueste Beachtung der Leninschen Idee, daß Sozialismus nur durch dialektisch richtige Verbindung notwendiger zentraler Planung, Leitung und Koordinierung mit breit entfalteter Demokratie aufgebaut werden kann. Keine Partei kann auf längere Frist auf den direkten Kontakt mit den Massen verzichten, ohne schließlich die Zustimmung der Massen zu verspielen.

An solchen Problemen versuchte und versucht die Konterrevolution anzuknüpfen. Nehmen wir nur das Beispiel Polen. Die Vernachlässigung, schließliche Mißachtung der von Marx entdeckten Gesetze vom Verhältnis zwischen jenem Teil der Volkswirtschaft, der Produktionsmittel erzeugt und demjenigen, der die Konsumgüter herstellt, trug zu jenen Marktproblemen bei, die die Unzufriedenheit der Massen hervorriefen und der Konterrevolution Ansätze boten und bieten.

Zusammenfassend können wir festhalten:

Erfahrungen von Revolution und Konterrevolution

Die Erfahrungen von Revolution und Konterrevolution zeigen:

- Die Hauptfrage der Revolution ist und bleibt die Frage der Macht. Der Sozialismus kann sich nur dann behaupten und weiterentwickeln, wenn die Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen errichtet und die Revolution gegen jeglichen Angriff des Klassengegners verteidigt wird. Solche Angriffe sind unausbleiblich – sowohl von innen als auch von außen.
- Der Übergang zum Sozialismus ist nur möglich, wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, nachdem sie die politische Macht erobert haben, diese zur Überwindung der sozialökonomischen Herrschaft der kapitalistischen und anderen Ausbeuter nutzen und alle wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführen.
- Der Sieg des Sozialismus ist nur möglich, wenn die Arbeiterklasse und die kommunistische Partei es vermögen, die werktätigen Massen für die sozialistische Umwandlung der Wirtschaft und aller gesellschaftlichen Verhältnisse zu begeistern; wenn die kommunistische Partei eine konsequente Massenarbeit leistet, wenn durch innerparteiliche Demokratie und breitentfaltete Demokratie in den Gewerk-

schaften und Massenorganisationen gewährleistet ist, daß immer größere Teile der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner aktiv in den Prozeß des Aufbaus des Sozialismus einbezogen werden.

- Der Sozialismus kann sich nur behaupten, wenn konsequent der Kampf um die Köpfe der Menschen geführt wird, wenn durch unablässige Anstrengungen der ideologischen Arbeit dafür Sorge getragen wird, daß bürgerliches Denken überwunden wird und sich nicht wieder breitmachen kann.

Neuerscheinung!

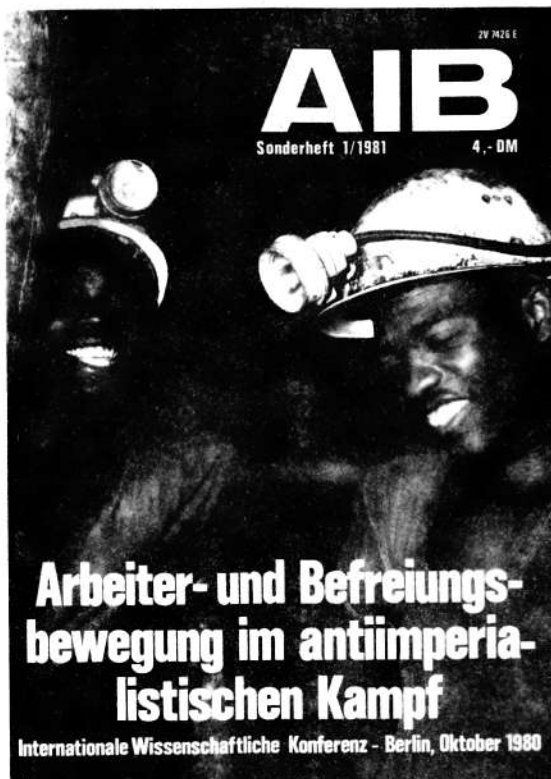
AIB-Sonderheft 1/81 bringt erstmals im deutschen Sprachraum die interessantesten Materialien der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz von Berlin.

Sonderheft 1/81 enthält u. a.

- Honecker (DDR), Ponomarew (UdSSR), Gremetz (Frankreich) und Vieira (Mosambik) über den weltrevolutionären Prozeß;
- Revolutionserfahrungen aus 18 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas,
- Beiträge über die konterrevolutionäre Strategie des Imperialismus, den Neokolonialismus und den Kampf für eine Neue Weltwirtschaftsordnung.

AIB ist die meistabonnierte Monatszeitschrift zur Dritten Welt in der BRD. Wer AIB liest, weiß was los ist

- an den Brennpunkten der Weltpolitik;
- an den Schauplätzen des nationalen und sozialen Befreiungskampfes;
- und wie in den Hochburgen des Kapitals die Gegenrevolution geplant wird.



Einzelpreis (80 Seiten) 4,- DM, zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Jahresabo 20,- DM inkl. Porto.

- ☐ Ich bestelle AIB, Sonderheft 1/81.
☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.
☐ Ich abonniere das AIB für mindestens ein Jahr ab Nr....

Name:

Adresse:

Datum/Unterschrift:

Erhältlich in jeder Kollektiv-Buchhandlung oder gegen Einsendung dieses Bestellabschnitts an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421/24672



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

UZ

uz unsere zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

F 8318 AX

Preis 40 Pfennig

Samstag, den 8. Dezember 1979

11. Jahrgang Nr. 268

Nach den rigiden Entlassungsplänen
Bei AEG und Mannesmann:

Arbeiter wehren sich

Evangelische Kirche: Voller Mitbestimmung muß her
Der Vorstand der AEG hat seinen Entlassungsplan für 1980 auf 10.000 Stellen gekürzt. Die Arbeiter wehren sich. Die evangelische Kirche fordert eine Voller Mitbestimmung.

Sport Sport Sport
Hell und
Flamierend



Trainingsfeld
bringt Bronze



Seite für Seite Arbeiter-Zeitung

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stolzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 31 51 3

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68